

## Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Versammlung der Westeuropäischen Union/  
Interparlamentarische Europäische Versammlung für Sicherheit und Verteidigung  
(WEU/IEVSV)

### Tagung der Versammlung vom 18. bis 20. Dezember 2006 in Paris

#### Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Teilnehmer</b> .....	1
<b>II. Zusammenfassung</b> .....	1
<b>III. Schwerpunkt der Beratungen</b> .....	2
<b>IV. Anhang</b> .....	8

#### I. Teilnehmer

Der zweite Teil der 52. Vollversammlung fand vom 18. bis 20. Dezember 2006 in Paris statt. Der Deutsche Bundestag entsandte die folgende Delegation:

Abg. **Ulrich Adam** (CDU/CSU)

Abg. **Doris Barnett** (SPD)

Abg. **Hubert Deittert** (CDU/CSU)

Abg. **Detlef Dzembitzki** (SPD)

Abg. **Axel E. Fischer** (CDU/CSU)

Abg. **Holger Haibach** (CDU/CSU)

Abg. **Bernd Heynemann** (CDU/CSU)

Abg. **Gerd Höfer** (SPD), Leiter der Delegation

Abg. **Joachim Hörster** (CDU/CSU)

Abg. **Eduard Lintner** (CDU/CSU), stellvertretender Delegationsleiter

Abg. **Johannes Pflug** (SPD)

Abg. **Ingo Schmitt** (CDU/CSU)

Abg. **Rainer Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Folgendes Ehrenmitglied der Delegation nahm an der Tagung in Paris teil:

**Dr. Christine Lucyga** (SPD)

#### II. Zusammenfassung

Schwerpunkte der Beratung waren der Nahost-Konflikt und die Rolle Europas, die Weiterentwicklung der europäischen Landstreitkräfte sowie die Zusammenarbeit der EU mit der NATO. Auch die Erfahrungen mit der EUFOR-Mission in der Demokratischen Republik Kongo wurden thematisiert und analysiert. Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Günter Glos** (Deutschland, SPD) richtete das Wort an die Versammlung und stellte die Schwerpunkte der kommenden deutschen WEU/EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 dar. Abgeordnete **Doris Barnett** (Deutschland, SPD) präsentierte der Versammlung einen mit dem Rat abgestimmten Haushaltsentwurf für 2007, den die Versammlung verabschiedete.

#### Die WEU V verabschiedete Berichte und Empfehlungen zu den folgenden Themen:

- **NATO: Transformation und strategische Partnerschaft mit der EU – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**  
Berichterstatter: **Charles Goerens** (Luxemburg)
- **Auf der Suche nach einer dauerhaften Lösung für den Nahost-Konflikt: Eine Rolle für Europa**  
Berichterstatterin: **Josette Durrieu** (Frankreich)
- **Die WEU-Versammlung: ein Instrument für die nationalen Parlamente**  
Berichterstatter: **Lord Russell-Johnston** (Vereinigtes Königreich)
- **Veränderung in der Wahrnehmung des Terrorismus in der Öffentlichkeit und den Medien**  
Berichterstatter: **Lord Burlison** (Vereinigtes Königreich)
- **Europäische Landstreitkräfte bei Auslandseinsätzen**  
Berichterstatter: **Doug Henderson** (Vereinigtes Königreich) und **Meritxell Batet Lamana** (Spanien)
- **Die Operation der Europäischen Union in der Demokratischen Republik Kongo – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**  
Berichterstatter: **Ignacio Cosido Gutierrez** (Spanien)

- **Die ukrainische Luft- und Raumfahrtindustrie – Kooperation mit Europa**  
Berichterstatter: **Jean-Guy Branger** (Frankreich) und **Bill Etherington** (Vereinigtes Königreich)
- **Transatlantische Zusammenarbeit in der Luftfahrt: das Kampfflugzeug F-35 Lightning II (Joint Strike Fighter)**  
Berichterstatter: **Nigel Evans** (Vereinigtes Königreich)
- **Sicherheit und Stabilität in Zentralasien**  
Berichterstatterin: **Josette Durrieu** (Frankreich)

Mit folgenden Persönlichkeiten führte die Versammlung Aussprachen durch:

**Günter Gloser**, Staatsminister im Auswärtigen Amt

**Pertti Torstila**, Staatssekretär im finnischen Außenministerium  
Verteidigungsminister von Finnland

**Nino Burjanadze**, Sprecherin des georgischen Parlaments

**Zoltan Nagy**, Leiter der Abteilung für multilaterale Angelegenheiten im NATO-Hauptquartier

**Lorenzo Forciери**, Unterstaatssekretär im italienischen Verteidigungsministerium

**André Flahaut**, Verteidigungsminister von Belgien

#### **Folgende Ausschüsse tagten während der 52. Vollversammlung:**

Verteidigungsausschuss

Politischer Ausschuss

Ausschuss für die Beziehungen zu Parlamenten und zur Öffentlichkeit

Ausschuss für Technologie und Raumfahrt

Haushaltsausschuss

Ausschuss für Geschäftsordnungsfragen

### **III. Schwerpunkt der Beratungen**

**Montag, 18. Dezember 2006**

**Günter Gloser (Deutschland, SPD),  
Staatsminister im Auswärtigen Amt**

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Günter Gloser**, rief in seiner Ansprache die Versammlung dazu auf, einen Beitrag zur kommenden WEU/EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands im ersten Halbjahr 2007 zu leisten. Es komme nicht allein auf die Ratspräsidentschaft an, um Fortschritte zu erreichen. Mit Blick auf die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) erklärte Gloser, der Schwerpunkt liege auf vier Punkten. Diese seien die Missionen und Operationen zur Krisenbewältigung, die Entwicklung der Krisenbewältigungskapazitäten der Europäischen Union, die Vertiefung der strategischen Partnerschaften sowie die konzeptionelle Weiterentwicklung der ESVP. Die ESVP müsse einen Beitrag dazu leisten, dass die Ziele der Gemeinsamen Außen- und Si-

cherheitspolitik erreicht werden können. Die EU sei mittlerweile einer der wesentlichen Akteure auf dem Feld der internationalen Krisenbewältigung. Zu den einzelnen Operationen gehörten Aufgaben in Palästina, in Bosnien-Herzegowina sowie im Kongo.

Die EUFOR-Operation in der Demokratischen Republik Kongo sei erfolgreich beendet worden, so Gloser. Die deutsche Ratspräsidentschaft habe die Aufgabe, diese erste multinationale, autonome militärische Operation im Rahmen der ESVP grundlegend zu analysieren. Gleichzeitig zeichne sich die nächste Herausforderung im Bereich der ESVP ab. Nach einer Einigung über den Status des Kosovo werde die EU die Implementierung einer vereinbarten Lösung beaufsichtigen, so dass diese Operation die bisher größte zivile Mission werden wird. Für diese Mission sei es besonders wichtig, dass die Europäische Union und die NATO kooperierten. Die in der Vergangenheit beobachteten Koordinationsschwierigkeiten zwischen den Vereinten Nationen, speziell UNMIK und der KFOR-Mission der NATO im Kosovo, seien nicht unerheblich. Vor allem in Krisensituationen sei es für die Polizei und das Militär besonders wichtig, das Vorgehen abzustimmen. Da die zivile Mission der EU im Kosovo außerhalb des Berlin-Plus-Rahmens stattfinden werde, müssten spezielle Lösungen für die Kooperation mit der NATO gefunden werden.

In naher Zukunft müsse die Europäische Union mehrere kritische Entscheidungen treffen, so Gloser weiter. Dazu gehöre die Zukunft der Mission in Rafah/Palästina. Außerdem gehe es um die Frage, wie die Zukunft des Krisenmanagements in der Demokratischen Republik Kongo aussehen könne und was die EU in Afghanistan und auch im Sudan zur Stabilisierung beitragen könne.

Zur Frage der Entwicklung der Kapazitäten der EU erklärte Gloser, die militärischen und zivilen Fähigkeiten müssten gleichermaßen fortentwickelt werden. Daher spreche sich Deutschland für die Entwicklung eines zivilen headline-goals aus, ähnlich des militärischen headline-goals für das Jahr 2010. Nur so könnten qualitative Unzulänglichkeiten überwunden und die Aspekte der zivilen und militärischen Kooperation stärker als bisher berücksichtigt werden.

Die Vertiefung strategischer Partnerschaften ist ein weiterer Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer möglichen Beteiligung von Nicht-EU-Mitgliedstaaten an EU-Operationen. Gloser erläuterte weiter, Ziel der Bundesregierung sei die Weiterentwicklung der Kooperation der EU mit den Vereinten Nationen. Außerdem gehe es darum, die Zusammenarbeit der EU mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Krisenmanagements zu verbessern. Schließlich sei eine größere Akzeptanz der ESVP durch Russland erwünscht. Als weiteres Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nannte Gloser die Wiederbelebung des Europäischen Verfassungsvertrages. Er hoffe, zum Ende der deutschen Präsidentschaft mögliche Kompromisse über den weiteren Umgang mit dem Vertrag vorlegen zu können. Diese Überlegungen müssten über die Phase der Reflektion hinausgehen, so dass die zukünftigen Ratspräsi-

deutschen von Portugal und Slowenien konkrete Fortschritte erzielen könnten.

Abgeordneter **Robert Walter** (Vereinigtes Königreich) stellte die Frage, wie nationale Einschränkungen der Truppen beseitigt werden könnten. **Gloser** verwies in seiner Antwort auf die Mitwirkungsrolle und den Entscheidungsvorbehalt des Deutschen Bundestages bei Auslandseinsätzen. Beides sei Teil einer wichtigen parlamentarischen Tradition. Daher sei die öffentliche Diskussion auch im Parlament sehr wichtig.

Abgeordnete **Florina Ruxandra Jipa** (Rumänien) erkundigte sich bei dem Redner, wie die Lücke bei den Kapazitäten zwischen der EU und der NATO geschlossen werden könne. Nach Auffassung von **Gloser** ist es für die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik besonders wichtig, die zivilen Aspekte zu betonen. So seien die Entwicklung des Justizwesens und der Polizei von großer Bedeutung. Es komme vor allem darauf an, Defizite in der Kooperation zu beseitigen. Ohne Zweifel müssten die Beziehungen beider Organisationen klar definiert werden, um Fortschritte zu erreichen.

#### **Ansprache von Pertti Torstila, Außenminister Finnlands, für die amtierende finnische EU-Ratspräsidentschaft**

Nach Auffassung von **Torstila** bietet die Versammlung der WEU Parlamentariern eine sehr gute Gelegenheit, über die Grenzen der Europäischen Union hinaus über Verteidigungsfragen in das Gespräch zu kommen. Die Versammlung stelle in Fragen der ESVP eine wichtige Verbindung zwischen den Bürgern der EU und den Regierungen dar. Er verwies darauf, dass die Europäische Union in einer relativ kurzen Zeit die ESVP in einen gut funktionierenden Politikbereich umfunktioniert habe. In verschiedenen Bereichen der Welt werde nun erwartet, dass die Union zur Krisenbewältigung und zur Stabilität beitrage. Die wesentliche Herausforderung für die EU sei, auf diese gestiegene Nachfrage angemessen zu reagieren. Finnland habe in diesem Zusammenhang drei Bereiche identifiziert: die verschiedenen Operationen und Missionen, die Entwicklung der Krisenmanagementkapazität der Europäischen Union und die Koordination des zivilen und des militärischen Bereichs. Mit Blick auf die Operationen erklärte **Torstila**, die Situation in Darfur bleibe sehr bedenklich. Die Europäische Union habe die Unterstützung der AMIS-Mission in der Region Darfur im Bereich der zivil-militärischen Unterstützung fortgesetzt. Jetzt komme es darauf an, die Zukunft der friedenserhaltenden Operation in der Gegend sicherzustellen.

Die finnische Ratspräsidentschaft habe zudem die Vorbereitungen einer möglichen zivilen Mission im Kosovo nach einer Entscheidung über den Status fortgesetzt. Mit mehr als tausend internationalen Mitarbeitern werde diese Mission eine der größten operationellen Herausforderungen der nahen Zukunft werden. Ziel sei es, Polizei und Justiz zu stärken und das Kosovo auf seinem Weg in Richtung europäische Integration zu unterstützen.

Abgeordneter **Cosido Gutierrez** (Spanien) erkundigte sich bei **Torstila**, wie die Mechanismen der Finanzierung von Operationen neu geordnet werden könnten, um die fi-

nanziellen Kosten unter den Mitgliedern und Beteiligten gerechter zu verteilen. Der Außenminister Finnlands antwortete, mit Fragen der Finanzierung müsse sich Finnland, das in vielen friedenserhaltenden Operationen in der ganzen Welt beteiligt ist, fortlaufend beschäftigen. Während die Vereinten Nationen eine vernünftige Lösung für die Finanzierung ihrer Truppen in allen Teilen der Welt gefunden hätten, fielen bei NATO und EU die Kosten auf die truppenstellenden Länder, so dass sie mitunter eine schwere Belastung darstellten. Dies gelte umso mehr vor dem Hintergrund, dass die Operationen zur Friedenserhaltung und zum Krisenmanagement weiter zunähmen. Leider könne er derzeit keine Lösung aufzeigen und nur die EU dazu aufrufen, sich intensiv mit diesem Thema zu beschäftigen.

#### **Berichtsentwurf von Charles Goerens (Luxemburg): Transformation und strategische Partnerschaft der EU mit der NATO – Antwort auf den jährlichen Bericht des Rates**

EU und NATO müssten verhindern, dass Rivalitäten zwischen den beiden Organisationen entstehen, so der Berichterstatter Abgeordneter **Charles Goerens** (Luxemburg). Er schlage eine bessere Kooperation der EU mit den Vereinigten Staaten im Bereich des Krisenmanagements vor. Alle Beteiligten müssten darauf hinsteuern, dass die Lasten und die Verantwortungen gerecht zwischen den Organisationen verteilt werden. Beide Organisationen seien zu ehrgeizig gewesen, so dass die vorhandenen Kapazitäten nun geringer seien als die Erwartungen. Die Erwartungen stiegen weiter und machten EU und NATO zu Opfern ihrer eigenen Erfolge. Grundsätzlich müsse eine bessere Kooperation möglich sein, da viele Länder Mitglied beider Organisationen seien.

Abgeordneter **Detlef Dzembitzki** (Deutschland, SPD) beobachtete, dass die vorhandenen Probleme zwischen NATO und EU innerhalb der EU konzentrierter und eindringlicher diskutiert worden seien. Außerdem habe der Berichterstatter die wichtigen Themen der nuklearen Nichtverbreitung in Indien, Pakistan, Iran und Nordkorea angesprochen. Die aktuellen Entwicklungen stellten eine echte Bedrohung für den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag dar. Mit Blick auf Afghanistan sprach sich **Dzembitzki** vor allem dafür aus, die zivilen Operationen zu stärken, um den militärischen Bemühungen zum Erfolg zu verhelfen. Es gehe darum, Schulen zu bauen, Lehrer entsprechend vorzubereiten und die Gesundheitsinfrastruktur zu verbessern. Parlamentarier müssten vor allem fragen, was mit den von der Europäischen Union zur Verfügung gestellten 3,7 Milliarden Euro passiert sei. Die weit verbreitete Korruption führe dazu, dass sich bereits vorhandene Projekte katastrophal entwickelten.

#### **Ansprache von Nino Burjanadze, Präsidentin des georgischen Parlamentes:**

**Nino Burjanadze** wies darauf hin, dass die Aufnahme des Südkaukasus in die Nachbarschaftspolitik der Europäischen Union zeige, dass sich die Region in der mentalen Landkarte der europäischen Politikgestalter verfestigt habe. Zusammen mit der voraussichtlichen Erweiterung

der NATO in Richtung Osten könne dies die geopolitischen Realitäten verändern. Grundsätzlich bedeute eine Stärkung der NATO und der Europäischen Union sowie des Europäischen Parlamentes die Stärkung der Demokratie in den integrierten Ländern und Regionen. Für Georgien seien Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität beileibe nicht die einzigen Antriebsfedern für den Wunsch nach Integration in die westlichen Institutionen. Diese Ziele seien im Wesentlichen ein Resultat gemeinsamer Werte und Prinzipien, die Georgien mit Hingabe verfolge. Vor einer Aufnahme weiterer Staaten komme es vor allem aber auch für die Europäische Union darauf an, sich auf die Aufnahme weiterer Länder vorzubereiten. Georgien sei es sehr wichtig, dass es weit oben auf der europäischen Agenda bleibe und die Kooperation mit den europäischen Ländern intensiviert werde. Für die große Mehrzahl der georgischen Bevölkerung sei die euroatlantische Integration die wesentliche Garantie für den Erhalt der jungen Demokratie und der Entwicklung des Landes. Nicht weniger als 75 Prozent der Georgier unterstützten die Bemühungen um Aufnahme in die NATO. Dieser Kurs sei unwiderruflich festgelegt und nicht verhandelbar. Die Menschen Georgiens seien immer von europäischen Werten geleitet worden. Auch wenn in den letzten Jahren enorme Fortschritte zu verzeichnen gewesen seien, gebe es weiterhin viel zu tun. So sei das Rechtstaatsystem weiterhin verbesserungsbedürftig und es werde hart daran gearbeitet, die Funktionsfähigkeit zu stärken. Leider sei es unmöglich, über Nacht das existierende System zu ändern. Die georgische Regierung habe die Rechtstaatlichkeit und eine unabhängige Justiz als wesentliche Prioritäten für die zukünftige Entwicklung des demokratischen Prozesses identifiziert.

#### **Ansprache von Zoltan Nagy, Leiter der Abteilung für multilaterale Angelegenheiten im NATO-Hauptquartier:**

Nach Auffassung von **Zoltan Nagy** war der NATO Gipfel von Riga wichtig und erfolgreich. Er habe den Boden dafür bereitet, dass die NATO eine effektivere Organisation wird und mit ihren Partnern enger zusammenarbeiten kann. Die NATO und die Staats- und Regierungschefs hätten an die internationale Gemeinschaft appelliert, alles zu tun, Afghanistan zu einem stabilen und fruchtbaren Land zu machen. Alle internationalen Organisationen, NGOs und auch die Regierungen seien aufgefordert, sich an diesem Prozess zu beteiligen. Von dem Gipfeltreffen in Riga sei das klare Signal an Albanien, Kroatien und Mazedonien gegangen, dass die Allianz anstrebe, sie im Jahr 2008 aufzunehmen. Auch habe es einen Konsens gegeben, dass die Beziehungen der NATO und der EU verbessert werden müssten. Mit der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, dem globalen Terrorismus sowie den zerfallenen und zerfallenden Staaten gebe es zu viele globale Herausforderungen für eine Organisation, um diese allein zu bewältigen. Daher sei es ratsam, die vorhandenen Kräfte zu bündeln und beide Organisationen durch eine gemeinsame Rahmenvereinbarung zu stärken. Die Entwicklung einer solchen Rahmenvereinbarung sei eine Aufgabe für die kommenden Jahre.

**Dienstag, 19. Dezember 2006**

#### **Debatte der Versammlung:**

#### **Die Rolle Europas in der Suche nach einer nachhaltigen Lösung des Konfliktes im Nahen Osten**

**Josette Durrieu** (Frankreich), Berichterstatterin:

Nach Auffassung der Berichterstatterin ist die gesamte Region durch unilaterales Vorgehen der Vereinigten Staaten und Israel destabilisiert worden. Die Internationalisierung der Probleme der Region bedeute aber, dass alles miteinander zusammenhänge. Eine friedliche Lösung müsse international herbeigeführt werden. Im Kern des Problems befände sich der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern. Eine Lösung müsse die Anerkennung des Existenzrechts Israels beinhalten und das Problem Jerusalem lösen. Es gebe eine Allianz der Sunniten, die Saudi Arabien, Syrien und Jordanien umfasse. Diese habe sich als Reaktion auf die Achse der Schiiten im Iran und Irak gebildet. Die damit zusammenhängenden Probleme müssten am besten von den arabischen Ländern angegangen werden. Diese bräuchten allerdings die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Innerhalb Europas müsse es eine klare und ehrliche Diskussion über den Umgang mit dem Nahostkonflikt geben. Dies sei bisher nicht der Fall.

#### **Lorenzo Forcieri, italienischer Untersekretär für Verteidigung:**

Nach Auffassung von **Lorenzo Forcieri** hat die Versammlung der WEU die wichtige Aufgabe, die demokratische Kontrolle von Verteidigungs- und Sicherheitsfragen sicherzustellen. Zu den Konflikten im Nahen Osten erklärte er, eine sichere und nachhaltige Lösung hänge von den Beiträgen Europas ab. Daher müsse Europa in der Lage sein, mit einer Stimme zu sprechen und eine einheitliche Position zu vertreten. Vor diesem Hintergrund sei wichtig, den Verfassungsprozess Europas voranzutreiben. Die italienische Regierung unterstütze die Regierung des Libanon in ihren Stabilisierungsbemühungen. Die EU müsse darüber hinaus einen konstruktiven Dialog mit Syrien beginnen. Leider gebe es gegenwärtig unterschiedliche Positionen in Europa, auch was das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten betreffe. Eine Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts und der Probleme im Libanon könne es nur mit Hilfe gemeinsamer Anstrengungen der Vereinigten Staaten und Europa geben.

#### **Göran Lindblad, Berichterstatter des Politischen Ausschusses des Europarates:**

**Lindblad** betonte, der Gewaltverzicht, die Anerkennung Israels und die Akzeptanz von vereinbarten Kompromissen seien die Voraussetzungen, um die Probleme im Nahen Osten zu lösen. Die Zwei-Staaten-Lösung sei dabei die einzig denkbare Lösung. Die internationale Gemeinschaft solle nicht davor zurückschrecken, sinnvolle Sanktionen zu verhängen. So wäre es ein wichtiges Signal an das Regime in Teheran, wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen konkrete Sanktionen gegen das Land ver-

einbaren könnte. Andererseits werde der Iran versuchen, die Länder des Westens gegeneinander auszuspielen.

#### **Frédéric Pons, Chefredakteur der Valeurs Actuelles:**

**Pons** betonte, als Journalist verfolge er keine politischen Ziele bei der Diskussion über Lösungen im Nahen Osten. Europa müsse sich in der Region engagieren, obwohl die Nachfrage danach gering sei. Die Frage sei, was Europa den Einwohnern der Region anbieten könne. Häufig werde der Kontinent als ein Polizist wahrgenommen, der für die Durchsetzung der Menschenrechte verantwortlich sei. Gegenwärtig seien viele europäischen Missionen aber durch interne Differenzen belastet. Der Schlüssel für die europäische Involvierung in der Region sei die finanzielle Unterstützung, die für den weiteren Verlauf des Friedensprozesses entscheidend sei. Viele Konflikte seien von wirtschaftlichen Problemen geprägt. Die EU müsse ihre Unterstützung der palästinensischen Autoritätsbehörde an das Einhalten von demokratischen Werten und die Anerkennung Israels binden.

#### **David Kornbluth, Botschafter Israels bei der UNESCO:**

Nach Auffassung von Kornbluth ist Europa ein Salat verschiedener Organisationen, die alle einen unterschiedlichen Blickwinkel auf den Kontinent haben. Für Europa spiele der Raum südlich des Mittelmeers eine große Rolle, ob es wolle oder nicht. Auch die Nordeuropäer müssten sich mit dem Gedanken anfreunden, dass europäische Politik im Norden wie auch im Süden des Mittelmeeres weitgehende Auswirkungen habe. Eine Landkarte, die sich auf Westeuropa oder Mitteleuropa beschränke, sei künstlich, da die Entwicklung der ganzen Region vom Mittleren und Nahen Osten bis nach Nordafrika weitreichende Folgen habe. Für Israel sei es sehr schwierig, Europa Vertrauen entgegenzubringen. Nach Auffassung Israels sei es ein Europa auf Bewährung. Nach Überzeugung Kornbluths gilt dies angesichts der Kolonialgeschichte auch für die Palästinenser. Es sei eine vorrangige Aufgabe Europas, Vertrauen zu gewinnen.

#### **Der Haushaltsentwurf 2007, Berichterstatterin: Doris Barnett (Deutschland, SPD)**

Abgeordnete **Doris Barnett** zeigte sich zufrieden, dass sie der Versammlung ein mit dem Rat der WEU abgestimmten Haushaltsentwurf präsentieren konnte. Die Verhandlungen seien schwierig gewesen, da der Rat ein reales Nullwachstum verlangt habe. Durch eine Reihe von Umstrukturierungen sei es gelungen, zu einer Lösung zu kommen. So wurden ausscheidende Mitarbeiter gebeten, länger bei der Versammlung zu bleiben. Außerdem wurden neu zu besetzende Stellen abgewertet. Der Haushaltsentwurf schaffe Transparenz, indem er die Zahlungen für Pensionen und für Abfindungen getrennt aufliste. Der Haushaltsentwurf für 2007 umfasse nun 7,6 Millionen Euro. Davon würden 4,2 Millionen für das Personal ausgegeben. Der operative Teil des Haushaltsentwurfs mache mit 1,5 Millionen Euro nicht einmal 20 Prozent des gesamten Haushalts aus. Abg. Barnett appellierte an ihre

Parlamentskollegen, den Haushalt der Versammlung auf der nationalen Ebene sicherzustellen. Ausreichende Ressourcen seien notwendig, damit die Versammlung ihre Rolle als parlamentarisches Gegengewicht zum WEU-Rat übernehmen könne.

Abgeordneter **Christopher Chope** (Vereinigtes Königreich) unterstützte die Berichterstatterin in ihrer Forderung, die fixen Kosten für die Pensionszahlungen aus dem operationellen Budget herauszunehmen. Dies würde viel Druck aus den jährlichen Diskussionen über den Haushalt nehmen. In der Tat müssten die Parlamentarier auf der nationalen Ebene die ausreichende finanzielle Ausstattung der Versammlung sicherstellen.

#### **Sicherheit und Stabilität in Zentralasien, Berichterstatterin: Josette Durrieu (Frankreich)**

Die Berichterstatterin wies auf die Bedeutung der zentralasiatischen Region mit Kasachstan, Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan und Turkmenistan für die Entwicklung Afghanistans hin. Außerdem habe die Region aufgrund ihrer Energievorräte große Bedeutung. Russland beziehe seine Lieferungen aus dieser Region, um sie weiter nach Europa zu exportieren. Während Russland immer noch als ein Freund und Verbündeter gesehen werde, gelte China als ein Partner, der mit Vorsicht behandelt werden müsse, auch wenn der chinesische Markt wichtig sei. Europa werde bestenfalls als ein politischer Zwerg wahrgenommen und habe wenig politischen Einfluss auf die Region. Im Kern der strategischen Bedeutung der Region befinde sie die Zunahme des radikalen Islamismus und des Terrorismus. Die radikalen Islamisten hätten insbesondere in Usbekistan und Tadschikistan in den vergangenen Jahren Zulauf erhalten. Russland gelinge es, die Energieressourcen der Region zu einem niedrigen Preis zwischen 45 und 160 US-Dollar pro Kubikmeter zu importieren und sie zu einem deutlich höheren Preis weiterzuverkaufen. Europa müsse sich Gedanken machen über seinen Energieimporte, da einige Länder wie zum Beispiel Deutschland von russischen Gaslieferungen abhängen. Europa müsse eine Rolle in der Region haben, zeichne sich aber derzeit durch einen Mangel an Engagement aus. Auch müsse es seine Interessen in der Region wahrnehmen.

#### **Die europäischen Landstreitkräfte in externen Operationen, Berichterstatter: Doug Henderson (Vereinigtes Königreich)**

Der Berichterstatter wies darauf hin, dass ohne die notwendigen Mittel die gesetzten Ziele nicht erreicht werden könnten. Themen wie die strategische Partnerschaft zwischen der NATO und der EU sowie der Friedensprozess im Nahen Osten könnten nur vorangebracht werden, wenn die notwendigen Kapazitäten zum Erreichen der politischen Ziele vorhanden seien. Dies gelte vor allem, wenn die diplomatischen Ziele nicht erreicht werden können. **Henderson** wies auf den großen Druck auf Truppen und Ausrüstungen hin, dem die europäischen Streitkräfte ausgesetzt seien. Dies sei allen bewusst, die mit den

Streitkräften zu tun hätten. Es komme darauf an, den Druck von der Entwicklung der Streitkräfte zu nehmen. Wichtige Investitionen auf allen Ebenen der Landstreitkräfte seien notwendig, um die Ausrüstungen auf den neuesten und modernen Stand zu bringen. Dies sei vor allem eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. Es komme eben nicht nur darauf an, die politischen Ziele zu definieren, sondern diese auch durch entsprechende Handlungen im Bereich der Ausrüstung der Landstreitkräfte zu untermauern. Die politischen Ziele müssen durchgesetzt werden können, falls militärische Interventionen unausweichlich werden. Weiter plädierte der Berichterstatter dafür, das Finanzierungssystem umzustellen, so dass nicht nur die Truppensteller belastet werden. Ein weiteres wichtiges Aktionsfeld sei die Entwicklung einer größeren Interoperabilität. So gebe es zum Beispiel 15 verschiedene Sorten gepanzerter Fahrzeuge in Europa. Hier bestehe Verbesserungsbedarf.

#### **Das F-35 Lightning II Kampfflugzeug, Berichterstatter: Nigel Evans (Vereinigtes Königreich)**

Für den Bau des F-35 Kampfflugzeuges ist transatlantische Kooperation von entscheidender Bedeutung, so der Berichterstatter. Mit Blick auf den F-35 gehe es dem Vereinigten Königreich vor allem darum, den Transfer von Technologie auf beiden Seiten des Atlantiks sicher zu stellen. Die Vereinigten Staaten dominierten ohne Zweifel die Branche, auch wenn sie keine Monopolstellung hätten. Dies bewiesen der Rafale in Frankreich, der Gripen in Schweden und der Typhoon in Deutschland, Italien, Spanien und dem Vereinigten Königreich. Der Markt sei von großer Bedeutung, wenn man den Haushalt der Vereinigten Staaten im Verteidigungsbereich in Höhe von 500 Milliarden US-Dollar in Betracht ziehe. Europäische Firmen seien sehr interessiert, von den amerikanischen Investitionen zu profitieren, da die Verteidigungsetats in Europa im Vergleich verschwindend gering seien. Die Vereinigten Staaten wiederum seien sehr daran interessiert, Kunden für den F-35 zu bekommen.

Gleichzeitig seien die Amerikaner aber nicht bereit, ihre Technologien zu teilen, um ihren Unternehmen nicht deren Wettbewerbsvorteil zu nehmen. Darüber hinaus sei offiziell der Technologietransfer auch aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht möglich. Für Evans sind diese Gründe nicht ausreichend, da die europäischen und amerikanischen Truppen Schulter an Schulter im Irak und in Afghanistan kämpften. Die Firma Lockheed Martin beispielsweise sei deutlich ehrlicher als die Regierung der Vereinigten Staaten. So habe ein leitender Manager der Firma eingeräumt, dass man von seinem Unternehmen nicht erwarten könne, dass es Geheimnisse an Mitbewerber verrate. Da der F-35 ein Projekt der internationalen Zusammenarbeit sei, hätte von vornherein der Technologietransfer zu Gunsten von europäischen Firmen und Ländern sichergestellt werden müssen. Das europäische Bemühen, Technologietransfer voranzutreiben, sei von den Vereinigten Staaten nicht entsprechend beantwortet worden. Für Europa sei es entscheidend, auch in diesen Fragen des Technologietransfers zusammenzuarbeiten. Ansonsten riskierten die europäischen Unternehmen, im

Wettbewerb zurückzufallen. Ohne Technologietransfer werde der Markt der Verteidigungsindustrie auf absehbare Zeit weiterhin von den Vereinigten Staaten dominiert.

#### **Die Operation der Europäischen Union in der Demokratischen Republik Kongo, Berichterstatter: Cosido Gutterrez (Spanien)**

Die EU-Mission in der Demokratischen Republik Kongo sei erfolgreich und bedeutsam für die Fortentwicklung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewesen, so der Berichterstatter. Die EU habe einen entscheidenden Beitrag zum Gelingen eines schwierigen und komplizierten Wahlprozesses geleistet. Die Mission beweise das Potenzial der EU bei der Friedenserhaltung. Die Mission habe aber auch verdeutlicht, dass die EU den Zusammenhalt ihrer Außenpolitik stärken müsse, um schneller reagieren und wirksamer sein zu können. Die Befehlshaber vor Ort müssten darüber hinaus größere Verantwortungen und Autonomie in ihren Entscheidungen haben, um vor Ort wirkungsvoll reagieren zu können. Auch müssten die Vereinten Nationen und die EU die Zusammenarbeit verbessern. Innerhalb der EU sei es die Aufgabe von Kommission, Generalsekretariat und dem Europäischen Rat, sich besser zu koordinieren. Nach Auffassung des Berichterstatters hätten die Vereinten Nationen den Fehler begangen, die Mission bereits am 30. November 2006 enden zu lassen, also bevor der neue Präsident sein Amt übernommen hatte.

#### **Ansprache von André Flahaut, Verteidigungsminister Belgiens für die amtierende belgische WEU-Präsidentschaft:**

**André Flahaut** sprach für die belgische WEU-Ratspräsidentschaft und rief die Länder Europas und der Europäischen Union dazu auf, den Zusammenhalt zu verbessern. Die ESVP sei wichtig, um zu diesem Zusammenhalt beizutragen. Auf der einen Seite müsse die Europäische Union ehrgeizig sein; gleichzeitig solle sie aber offen und schonungslos ihre Ressourcen und Möglichkeiten analysieren. In diesem Zusammenhang spiele die Europäische Verteidigungsagentur eine wichtige Rolle, um Duplikationen und Ineffizienzen zu vermeiden. In der absehbaren nahen Zukunft bleibe die EU die einzige wirklich europäische Institution, die sich mit Verteidigungsoperationen beschäftige. Obgleich der Europäische Verfassungsvertrag eine Beistandsklausel beinhalte, dürfe man nicht auf das Inkrafttreten des Vertrages warten und müsse bereits jetzt aktiv werden. Die Beistandsklausel des Verfassungsvertrages sei weniger deutlich als der Artikel 5 des gegenwärtigen WEU-Vertrages. Die WEU-Versammlung habe weiterhin die wichtige Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und ihr die Zusammenhänge der europäischen Verteidigung näher zu bringen. Die Parlamentarier hätten die wichtige Aufgabe, die Diskussionen über die gemeinsame europäische Verteidigungspolitik in den nationalen Parlamenten und auch im Europäischen Parlament voranzubringen. Um die Erwartungen nicht zu enttäuschen, müsse Europa gemeinsam koordinierter und zielgerichte-

ter agieren. Revolutionäres Denken sei notwendig, um die Barrieren zwischen den Streitkräften zu reduzieren.

**Die Luftfahrtindustrie der Ukraine –  
Kooperation mit Europa,  
Berichterstatter: Jean-Guy Branger (Frankreich)**

Nach Auffassung des Berichterstatters ist es von großer Bedeutung für Europa, im Bereich der Luftfahrtindustrie mit der Ukraine zusammenzuarbeiten. Die Luftfahrtindustrie sei sowohl für den zivilen als auch den militärischen Bereich eine bedeutende Branche, die große Auswirkungen auf die Gesellschaft als solche habe. Die Ukraine stelle in naher Zukunft die osteuropäische Grenze zur Europäischen Union und habe die zweitgrößte Landmasse in Kontinentaleuropa. Nicht zuletzt der Verlauf wesentlicher Ölpipelines durch die Ukraine machten das Land zu einem wesentlichen Stabilitäts- und Wachstumsfaktor in Europa. Die Kooperation der EU und der Ukraine habe aber zuletzt an einem Mangel an politischem Willen gelitten. Es sei aber von großem Interesse für beide Seiten, dass technologisches Wissen und Forschungserkenntnisse ausgetauscht würden. Eine Vereinbarung sei nötig, um diese Kooperation voranzutreiben. Auch der ukrainischen Bevölkerung sei die Bedeutung der Kooperation im Bereich der Luftfahrtindustrie klar. Für Airbus komme es in naher Zukunft darauf an, sich Aufträge der ukrainischen Regierung zu sichern, um nicht gegenüber Boeing ins Hintertreffen zu geraten. Vor dem Abschluss einer Vereinbarung müsse aber berücksichtigt

werden, dass Russland weiterhin größten Einfluss auf die Politik in der Ukraine hat.

**Die WEU-Versammlung: Ein Werkzeug  
für die nationalen Parlamente,  
Berichterstatter: Lord Russell-Johnston  
(Vereinigtes Königreich)**

Die Periode der Reflektion, wie sie im Zusammenhang mit dem Inkrafttreten des Europäischen Verfassungsvertrages genannt wurde, habe auch gute Seiten, so **Lord Russell Johnson**. Diese beträfen vor allen Dingen den Bereich der Verteidigung und Sicherheit und die demokratische Kontrolle. So sei davon abgerückt worden, die Versammlung der WEU abzuschaffen und die parlamentarische Begleitung der ESVP dem Europäischen Parlament zu übergeben. Der Berichterstatter betonte, dass gemäß dem Brüsseler Vertrag die Verantwortung für die parlamentarische Begleitung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht im Europäischen Parlament, sondern bei der Versammlung der WEU liege. Verbesserungsmöglichkeiten gebe es aber bei der Zusammenarbeit der nationalen Außen- und Sicherheitsausschüsse in den nationalen Parlamenten mit der Versammlung der WEU. Hier müsse ein direkter und regelmäßiger formaler Kontakt aufgebaut werden. Den Berichterstatter stimmte es nach eigenen Worten nachdenklich, dass die WEU-Versammlung in der Öffentlichkeit so wenig wahrgenommen werde, da dieses Defizit zu der großen Unterstützung der europäischen Bevölkerung für die ESVP im Widerspruch stehe.

**I. Anhang****Empfehlung 786 (2006)<sup>1</sup>**

betr.: **die NATO: Transformation und strategische Partnerschaft mit der EU -  
Antwort auf den Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung,

(i) mit Genugtuung über den breiten Konsens unter den Mitgliedstaaten der EU und der NATO in Bezug auf die hauptsächlichen Bedrohungen und Sicherheitsaufgaben, vor denen sie stehen, wobei die Versammlung jedoch einräumt, dass die Staaten über die Mittel für den Umgang mit solchen Bedrohungen und Aufgaben unterschiedliche Ansichten vertreten können;

(ii) in der Erwägung, dass die NATO und die EU sich einer wachsenden Nachfrage nach ihren Krisenmanagementfähigkeiten gegenübersehen und insbesondere die EU immer häufiger gebeten wird, sich für Verhandlungen einzusetzen, Abkommen zu vermitteln und deren Umsetzung zu überwachen;

(iii) in der Auffassung, dass die NATO und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) der EU nicht nur dazu da sind, die Mitgliedstaaten vor den oben genannten Bedrohungen zu schützen, sondern auch einen Rahmen bieten, in dem die beiden Organisationen eine strategische Partnerschaft mit besonderer Betonung der Koordinierung ziviler und militärischer Reaktionen auf Krisen und Konflikte schmieden können;

(iv) in der Überzeugung, dass eine ganze Palette ziviler und militärischer Instrumente erforderlich ist, um die heutigen Sicherheitsaufgaben zu bewältigen und beunruhigt über den generellen Mangel an zivilen und militärischen Fähigkeiten, der die Interventionsmöglichkeiten beider Organisationen begrenzt;

(v) überzeugt, dass die Mitglieder beider Organisationen miteinander wie auch mit anderen Ländern zusammenarbeiten sollten, um über eine optimale Kombination von Instrumenten zu verfügen;

(vi) in dem Bewusstsein, dass die EU und die NATO erst noch einen Modus Vivendi finden müssen und dass ihre Beziehungen sich mit dem Fortgang der Transformation der NATO und der Zunahme der Bedeutung der ESVP weiterentwickeln werden;

(vii) in der Auffassung, dass die NATO weiterhin den Eckstein der Sicherheit und Verteidigung ihrer Mitglieder bildet und dass alle NATO- und EU-Mitgliedstaaten eine starke NATO brauchen, jedoch auch in der Ansicht, dass die Organisation sich mit jedem Aspekt der Sicherheit und Verteidigung auseinandersetzen kann und gegenwärtig nicht alle Mitgliedstaaten ihre Beschäftigung mit nichtmilitärischen Aspekten der Sicherheit befürworten;

(viii) feststellend, dass mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens 21 der 26 NATO-Staaten zugleich der Europäischen Union angehören, jedoch in der Erkenntnis, dass die NATO und die EU unterschiedliche Organisationen sind, die darum auch verschiedene Sicherheits- und Verteidigungskulturen entwickelt haben;

---

<sup>1</sup> Von der Versammlung verabschiedeter Text am 18. Dezember 2006 (5. Sitzung)

- (ix) in der festen Überzeugung, dass für eine Konkurrenz zwischen der EU und der NATO kein Platz ist und dass die Zukunft der Allianz weniger von der Weiterentwicklung der ESVP als den Einstellungen der NATO-Mitglieder selbst abhängt;
- (x) überzeugt, dass die Zeit vorüber ist, in der die NATO und die ESVP die Existenz der jeweils anderen Seite in Frage stellten und dass es nun einer Politik bedarf, die eine neue NATO mit einer neuen EU verbindet;
- (xi) in der Ansicht, dass keiner der Organisationen ein bestimmtes geografisches Gebiet vorbehalten bleiben sollte und zugleich in der Erkenntnis, dass die derzeitigen Fähigkeiten den ESVP- Aktivitäten Grenzen setzen, insbesondere bei der Verlegung starker Militärkräfte im Rahmen sehr intensiver Operationen in entlegenen Gebieten;
- (xii) in der Überzeugung, dass die künftige Entwicklung der NATO und der ESVP das volle Verständnis und die uneingeschränkte Unterstützung der Öffentlichkeit in den Mitgliedstaaten der NATO und der EU erfordern wird;
- (xiii) unter Hinweis auf die entscheidende Rolle, die Parlamentarier übernehmen können, um den Bürger dieser Staaten die Bedeutung von Investitionen in Prävention und Entwicklung wie auch in Sicherheit und Verteidigung zu erklären;
- (xiv) unter Betonung der Wichtigkeit der Entwicklung für die Sicherheit und feststellend, dass die Fortschritte in Richtung auf die Millennium-Ziele unzureichend sind und die meisten EU- und NATO-Staaten ihre Anstrengungen zur Erfüllung der Verpflichtungsziele für eine höhere offizielle Entwicklungshilfe verstärken müssen;
- (xv) unter Betonung des notwendigen Ausbaus der Präventionspolitik und in der Überzeugung, dass der Kampf gegen Armut und Elend ein Ziel an sich darstellt und eine kohärente Politik der Entwicklung und guten Regierungsführung die Sicherheit erhöht und das Konfliktpotenzial vermindert;
- (xvi) außerdem feststellend, dass das aktuelle strategische Konzept der NATO zwar aus dem Jahr 1999 stammt, die von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union angenommenen Grundsatzdokumente jedoch neueren Datums sind und in der Überzeugung, dass die Diskussion über und die Arbeit an einem überarbeiteten strategischen Konzept der NATO Gelegenheit zur Bekräftigung gemeinsamer Werte und zur Anpassung der Rolle der NATO an das neue Sicherheitsumfeld bieten würde;
- (xvii) mit Genugtuung über das Ziel der EU, ihre ESVP-Aktivitäten stets auf die Charta der Vereinten Nationen zu gründen, jedoch auf die Tatsache hinweisend, dass die Vereinten Nationen es möglicherweise nicht vermögen, das erforderliche Mandat zu erteilen;
- (xviii) in der Erkenntnis, dass die engen Beziehungen, die früher angesichts der sowjetischen Bedrohung zwischen den NATO-Staaten bestanden, inzwischen einer Form der Kooperation Platz gemacht haben, die lockerer – wenn auch ebenso entschlossen – ist und wenn auch immer noch auf der Grundlage vieler gemeinsamer Werte nun den vielfältigeren Interessen der mitgliederstärkeren NATO Rechnung tragen und die durch die Anschläge des 11. September 2001 in den USA herbeigeführten Veränderungen und die von diesem Land daraufhin beschlossenen politischen Maßnahmen berücksichtigen muss;
- (xix) in der Auffassung, dass „Koalitionen der Willigen“ aus Staaten, die zur Durchführung – militärischer oder ziviler – Operationen bereit sind, einen flexiblen Mechanismus darstellen, der bestehende Strukturen nicht nur nicht schwächt, sondern auch die wachsende Vielfalt der

Sicherheitsinteressen in ihnen im Zuge ihrer Erweiterung widerzuspiegeln und so dazu beizutragen vermag, den Weg in eine Sackgasse zu vermeiden;

(xx) unter Betonung der Notwendigkeit weiterer Anstrengungen zur Verbesserung und Vertiefung der Interoperabilität zwischen den Streitkräften der Nationen – auch bei ihrem Umgang mit Terrorismusverdächtigen;

(xxi) feststellend, dass der Rückgriff auf Einsatzbeschränkungen die operative Arbeit der Kommandeure erschwert und eine flexible Führung der verlegten Truppen und Ausrüstungen behindert;

(xxii) beklagend, dass die Aussetzung des Ratifizierungsprozesses für den Vertragsentwurf zur Schaffung einer Verfassung für Europa die EU um bestimmte entscheidende Instrumente und Verfahren gebracht hat, die ihrem Handeln größere Kohärenz verleihen und zu einer effizienteren Entscheidungsfindung führen würden;

(xxiii) in der Überzeugung, dass Bemühungen, die Europäische Verfassung wieder auf das richtige Geleise zu bringen, bestimmte in dem Textentwurf enthaltene grundlegende Neuerungen bewahren müssen, die eine effizientere Entscheidungsfindung und eine kohärentere Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Organen der Union ermöglichen sollen;

(xxiv) feststellend, dass die Abschreckungsmacht einer Organisation in Friedenszeiten durch den Wortlaut ihrer Klausel über gegenseitige Verteidigung bestimmt wird, während in Krisen- und Konfliktzeiten die verfügbaren militärischen Fähigkeiten der ausschlaggebende Faktor sind;

(xxv) zutiefst beunruhigt durch die völlig inakzeptablen Erklärungen des iranischen Präsidenten zum Holocaust und zur Existenz Israels;

(xxvi) feststellend, dass Erklärungen nach den jüngsten Wahlen zum Kongress der Vereinigten Staaten im Hinblick auf den Irak neue Möglichkeiten eröffnen, jedoch in dem Bewusstsein, dass Meinungsumfragen in Europa nach der von den USA angeführten Intervention in diesem Land eine noch nie dagewesene Ablehnung ergaben und deshalb die Notwendigkeit betonend sicherzustellen, dass die gegenwärtige versöhnliche Stimmung sich zu einem dauerhaften Trend verfestigt, um dazu beizutragen, diese negative Einstellung der Öffentlichkeit umzukehren;

(xxvii) außerdem in der Überzeugung, dass Anstrengungen erforderlich sind, um jede weitere Schwächung des transatlantischen ideologischen Konsenses zu verhindern, insbesondere im Hinblick auf die Rolle internationaler Organisationen, den Multilateralismus und die Behandlung von Terrorverdächtigen;

(xxviii) in der Auffassung, dass es an der Zeit wäre, auf dem Gebiet des zivilen Krisenmanagements eine praktische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und den Europäern einzuleiten;

(xxix) in der Ansicht, dass die Entwicklung der ESVP die Fähigkeiten der europäischen NATO-Mitglieder weiter stärken und die Interoperabilität ihrer Streitkräfte ausdehnen sowie europäische Nicht-NATO-Länder einbinden wird, sodass ihre Fähigkeiten für die euroatlantische Sicherheitszusammenarbeit zur Verfügung stehen werden;

(xxx) unter Hinweis darauf, dass die Türkei, ein EU-Beitrittskandidat und ein assoziiertes Mitglied der WEU, das an den Arbeiten der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) teilzunehmen wünscht, schon seinerzeit Vollmitglied der ehemaligen WEU-Einrichtungen für

die Rüstungszusammenarbeit WEAG und WEAO war, die inzwischen in der EDA aufgegangen sind;

(xxxvi) feststellend, dass die weltweite Energienachfrage steigt und die Liefer- wie die Abnehmerländer in der Frage der Energiesicherheit einen gemeinsamen Ansatz brauchen;

(xxxvii) betonend, dass Afghanistan für alle NATO- und EU-Mitgliedstaaten die allerhöchste Priorität haben muss;

(xxxviii) besorgt über den Machtzuwachs der Taliban und die Unterstützung dieser Bewegung durch Drittländer;

(xxxix) besorgt über die wirtschaftliche Abhängigkeit Afghanistans vom Drogenanbau und dem Rauschgiftschmuggel;

(xl) zutiefst beunruhigt über die sich verschlechternde Sicherheitslage in Darfur, die ein ernstes Hindernis für die Verteilung humanitärer Hilfe darstellt;

(xli) mit Genugtuung über die Entscheidung des VN-Sicherheitsrats, UNMIS zu stärken und mit Bedauern über den Widerstand der sudanesischen Regierung gegen die Stationierung einer VN-Streitmacht, um der Gewalt in Darfur ein Ende zu setzen,

EMPFIEHLT DEM RAT, DIE WEU-STAATEN ALS DERZEITIGE ODER MÖGLICHE KÜNFTIGE MITGLIEDER DER EU UND DER NATO ZU BITTEN:

1. den Prozess der Verbesserung der Interoperabilität der Streitkräfte der Nationen auszudehnen und die Verhaltensregeln für Soldaten und für die Behandlung von Terrorverdächtigen darin einzuschließen;
2. besondere Anstrengungen zu unternehmen, um die Interoperabilität der Spezialkräfte der Nationen im Hinblick auf gemeinsame Ausbildung und gemeinsame Kommunikation zu verbessern;
3. die Bemühungen um die Information von Bürgern der eine NATO-Mitgliedschaft anstrebenden Staaten über die Rolle der Organisation und die Vorteile engerer Verbindungen und eines künftigen Beitritts zu verstärken;
4. häufiger informelle Treffen zwischen EU- und NATO-Mitgliedstaaten von der Verwaltungsleiter- bis zur Ministerebene abzuhalten, da sich diese besser für einen politischen Dialog eignen als die förmlichen „Berlin plus“-Treffen zwischen dem Nordatlantikrat und dem PSC, wo die EU-Mitgliedstaaten durch zwei Botschafter unterschiedlichen Rangs und Dienstalters vertreten werden;
5. die strategische EU-NATO-Partnerschaft hin zur Errichtung eines transatlantischen Diskussionsforums für Sicherheits- und Verteidigungsfragen weiterzuentwickeln, an dem alle Mitgliedstaaten gleichberechtigt teilnehmen und die Diskussion auch auf Sicherheitsthemen auszuweiten, die nicht zwangsläufig eine militärische Reaktion erfordern;
6. den NATO-Generalsekretär und den Hohen Repräsentanten der EU zu einem regelmäßigen Austausch über aktuelle Sicherheitsfragen anzuhalten;
7. gemeinsame NATO-EU-Arbeitsgruppen (Task Forces) für die strategische Partnerschaft aufzubauen, was die Beziehungen zu Drittstaaten wie China, Indien, Pakistan und Russland und spezifische Themen wie Terrorismus, Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen und deren Trägersystemen, Raketenabwehr, zivil-militärische Zusammenarbeit sowie Energiesicherheit angeht;

8. künftig Botschafter mit Doppelfunktion zu benennen, die auch der NATO angehörende EU-Mitgliedstaaten im Nordatlantikrat und im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSC) vertreten;

9. die nicht der NATO angehörenden EU-Mitgliedstaaten nachdrücklich aufzufordern, Diskussionen über ihre eigene Sicherheit und Verteidigung und die der gesamten Union aufzunehmen und ihren Bürgern die Bedeutung eines eindeutigen Engagements für gemeinsame Sicherheit in Europa zu erläutern;

10. die sich abzeichnende weltweite nukleare Bedrohung ernst zu nehmen und dazu einen europäischen Konsultationsmechanismus in Bezug auf die nuklearen Fähigkeiten von EU-Mitgliedstaaten zu schaffen;

11. den Nordatlantikrat mit der Aufnahme von Arbeiten an einer neuen NATO-Sicherheitsstrategie zu beauftragen, die für die künftige militärische Rolle der Organisation den Kurs vorgibt, deutlich macht, wie die Bürger ihrer Mitgliedstaaten geschützt werden sollen und angibt, wo, wann und wie sie in Krisensituationen zu intervenieren gedenkt;

12. eine strategische Diskussion darüber in Gang zu bringen, wie Fähigkeiten der ESVP und der NATO innerhalb der Grenzen der Europäischen Union bei einem Terroranschlag oder in Bereichen wie der Sicherheit in der Luft und auf See verfügbar gemacht werden können, wenn zur Verteidigung der Sicherheit der Union keine Polizeikräfte bereitstehen;

13. sich um die Teilnahme US-amerikanischer Polizeikräfte an der geplanten ESVP-Polizeimission im Kosovo als ersten Schritt hin zu einem regelmäßigen US-Engagement bei zivilen ESVP-Missionen zu bemühen;

14. die Unterstützung für Afghanistan deutlich zu verstärken, eine engere Koordination mit den Vereinten Nationen vorzunehmen, um das Problem der wirtschaftlichen Abhängigkeit dieses Landes vom Drogenschmuggel (einer nicht in die Verantwortung der NATO fallenden Aufgabe) zu lösen und den Wiederaufbau, gute Regierungsführung und alternative wirtschaftliche Ressourcen für Afghanistan zu einer Priorität zu machen;

15. ein spezifisches Konzept für die Entwicklung der Regionen Afghanistans zu erarbeiten, in denen die gegenwärtige Sicherheitslage keinen Einsatz von Regionalen Wiederaufbauteams (PRTs) zulässt;

16. ihren Streitkräften weniger Einsatzbeschränkungen aufzuerlegen, damit die Operationen der NATO und der EU flexibler und effektiver werden und ein einheitlicher Modus Operandi festgelegt werden kann;

17. anzuerkennen, dass die Verhältnisse in Darfur eine internationale Intervention nach dem Grundsatz der „Schutzverantwortung“ rechtfertigen und den Vereinten Nationen ihre Bereitschaft zu signalisieren, dem Leiden dort ein Ende zu setzen;

18. die Teilnahme der Türkei an den Arbeiten der Europäischen Verteidigungsagentur (EDA) und die Übertragung von Einsatzmitteln der WEAO auf die EDA zu unterstützen;

19. ein Konzept zu entwickeln, Fähigkeiten der NATO und der ESVP bei einer Naturkatastrophe innerhalb der Europäischen Union für humanitäre und Hilfsoperationen zur Verfügung zu stellen;

20. Eventualpläne für die Evakuierung europäischer Staatsbürger auszuarbeiten, die in Kriegsgebieten außerhalb der Union leben;
21. Parlamentarier in größerem Maße und frühzeitiger in die Analyse von Krisensituationen und die Erarbeitung von Reaktionen darauf einzubeziehen.

### **RICHTLINIE 124 (2006)<sup>2</sup>**

**betr.: die NATO: Transformation und strategische Partnerschaft mit der EU –  
Antwort auf den Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung,

- (i) mit Genugtuung über die Initiative des Präsidenten des Parlaments der Republik Moldau, zwischen seinem Land und der Versammlung engere Beziehungen anzubahnen;
- (ii) Kenntnis nehmend von den Ergebnissen der Erkundungsmission des Politischen Ausschusses in der Republik Moldau und der Ukraine vom 1.-3. November 2006;
- (iii) eingedenk der wichtigen Rolle nationaler Parlamentarier bei der Zuweisung von Finanzmitteln für Krisenmanagement, Krisenprävention und Entwicklung und ihrer Verantwortung für die Aufklärung der Öffentlichkeit über notwendige Investitionen in Sicherheit und Verteidigung sowie Prävention und Entwicklung,

BITTET IHREN ERWEITERTEN PRÄSIDENTIALAUSSCHUSS,

1. einer Delegation des Parlaments der Republik Moldau Sondergaststatus zu gewähren, um ihr eine stärkere Beteiligung an den Arbeiten der Versammlung zu ermöglichen;
2. seine Beziehungen zur Parlamentarischen Versammlung der NATO zu stärken und zu vertiefen, um zu einem regelmäßigeren und substanzielleren Austausch über Fortschritte in Bezug auf die strategische Partnerschaft zwischen der EU und der NATO zu gelangen.

### **Empfehlung 787 2006)<sup>3</sup>**

**betr.: eine dauerhafte Lösung für den Nahen Osten:  
eine Rolle für Europa**

DIE VERSAMMLUNG EMPFIEHLT DEM RAT, DIE EUROPÄISCHE UNION ZU  
BITTEN,

1. in diesem „historischen Moment“ die Initiative des Nahost-Quartetts zur Beilegung des israelisch-palästinensischen Konflikts wieder in Gang zu bringen, um den Waffenstillstand zu unterstützen und die unveränderlichen Bestandteile einer dauerhaften Regelung auf folgender Grundlage erneut zu präzisieren: Anerkennung des Staates Israel und

<sup>2</sup> Von der Versammlung verabschiedeter Text am 18. Dezember 2006 (5. Sitzung).

<sup>3</sup> Von der Versammlung am 19. Dezember 2006 auf der 7. Sitzung verabschiedet.

des palästinensischen Staates, Oslo-Abkommen von 1993 und Einstellung jeglicher Gewalttätigkeit;

2. einen Dialog mit den arabischen Staaten und den betroffenen Regionalmächten einschließlich Syriens und des Irans einzuleiten, um einen globalen Prozess aufzunehmen, der zu einem ausgewogenen und dauerhaften Frieden führen kann. Die Lage macht dies erforderlich;

3. einen Dialog und eine Partnerschaft mit den muslimischen und arabisch-muslimischen Völkern und Staaten, die keinen weiteren Vormarsch des radikalen Islamismus wünschen und „unterstützt“, aber auch geachtet werden wollen und Reformen zur weiteren Entwicklung hin zur Demokratie durchzuführen gedenken, aber keine Einmischung erleben wollen; herzustellen. Europa ist berufen, diese Aufgabe zu übernehmen;

4. offiziell gegen die Festnahme und Inhaftierung palästinensischer Minister und Parlamentarier zu protestieren, die seit Juli 2006 in Haft sind, ihre sofortige Freilassung wie auch die zahlreicher palästinensischer Häftlinge (insgesamt 10 000) zu fordern und die Freilassung von Gilad Shalit und der mit ihm festgenommenen israelischen Soldaten zu verlangen.

#### **Entschließung 130 (2006)<sup>4</sup>**

##### **betr. Veränderungen in der Wahrnehmung des Terrorismus in der Öffentlichkeit und den Medien**

Die Versammlung,

(iv) unter Hinweis auf die am 7. Dezember 2005 angenommene Empfehlung 775, in der die Parlamente dazu angehalten wurden, zur Bekämpfung aller Formen des Terrorismus ähnliche Gesetze zu verabschieden;

(v) feststellend, dass eine Reihe besonderer Gesetze bereits als Dringlichkeitsmaßnahme angenommen wurden und in einzelnen Staaten ohne Abstimmung der Zeitpläne Diskussionen stattgefunden haben, wodurch die Parlamentarier um die Möglichkeit nützlicher Vergleiche und einer gemeinsamen Aussprache gebracht worden sind;

(vi) mit Bedauern darüber, dass in Fragen des Terrorismus eine überzogene Medienberichterstattung in der Öffentlichkeit oft Ängste und Beunruhigung auslöst und die Verantwortlichen, die sich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben, dadurch von der Suche nach demokratischen Lösungen im Rahmen des politischen Prozesses abgelenkt werden können;

(vii) in dem Bewusstsein, dass die öffentliche Meinung im Inland nicht in jedem europäischen Staat das gleiche Gewicht hat und die Umsetzung des Wählerwillens in politische Entscheidungen oft in hohem Maße von der Art der Auslegung von Meinungsumfragen abhängig ist;

(viii) in der Besorgnis, dass der von staatlichen Stellen geförderte Terrorismus weiterhin eine reale Bedrohung darstellt,

---

<sup>4</sup> Von der Versammlung verabschiedet am 20. Dezember 2006 auf ihrer 9. Sitzung.

BITTET DIE NATIONALEN PARLAMENTE,

1. vollen Gebrauch von allen Kontakt- und Austauschmöglichkeiten zwischen den Parlamenten zu machen, um diesen bei direkten Vergleichen und der Ausformulierung und Entwicklung koordinierter Konzepte und Lösungen zu helfen, damit sie Vorschläge für eine effektivere Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus unterbreiten können;
2. die einzelstaatlichen Grenzen zu überwinden, indem in einem europäischen Rahmen eine Gesetzgebung zur Bekämpfung des Terrorismus erarbeitet wird, bei der der Beitrag der nationalen Parlamentarier zu diesem Prozess hervorgehoben wird, um ihre Rolle bei der Entscheidungsfindung auf diesen größeren Zusammenhang auszuweiten;
3. Seminare und Diskussionen zwischen nationalen Parlamentariern und Vertretern verschiedener Bereiche der Zivilgesellschaft und Experten zu veranstalten und darüber hinaus Vertreter europäischer interparlamentarischer Fachgremien einzubeziehen, die aufgrund ihrer speziellen Kenntnis der vergleichenden europäischen Praxis und Gesetzgebung einen wertvollen Beitrag leisten können;
4. in Kommunikationsmittel zu investieren, damit gegenüber der Öffentlichkeit verantwortungsvolle Aussagen vorgetragen, Verzerrungen und Sensationhascherei in den Medien zurückgewiesen und aufklärerische Ansätze gefördert werden können, die es der breiteren Öffentlichkeit ermöglichen, sich mit den neuen Bedrohungen der kollektiven Sicherheit auseinanderzusetzen;
5. ihre jeweiligen Regierungen nachdrücklich aufzufordern, die Schaffung angemessener Mechanismen für diese unabhängige Überwachung der Reaktion ihrer Regierungen auf terroristische Bedrohungen zu erwägen.

#### **Empfehlung 791 (2006)<sup>5</sup>**

##### **betr. europäische Landstreitkräfte bei Auslandseinsätzen**

Die Versammlung,

- (ix) in Anbetracht der zunehmenden Zahl von Krisenmanagementoperationen, an denen europäische Landstreitkräfte in unterschiedlichem Rahmen (EU, NATO, VN, Koalitionen usw.) beteiligt sind;
- (x) besorgt über die Schwierigkeiten, vor denen diese Kräfte stehen, die überfordert sind und an der Grenze ihrer Kapazität arbeiten;
- (xi) in Anbetracht der Probleme, die einige europäische Landstreitkräfte hatten, als darum ging, Personal zu rekrutieren und zu halten;
- (xii) in Anbetracht der Schwierigkeiten in Verbindung mit der Wartung der bei diesen Operationen eingesetzten militärischen Ausrüstungen;

---

<sup>5</sup> Von der Versammlung verabschiedet am 19. Dezember 2006 auf ihrer 7. Sitzung.

- (xiii) feststellend, dass die Haushalte vieler Mitgliedstaaten der Europäischen Union die Finanzierung dieser Auslandseinsätze nicht ausdrücklich vorsehen;
- (xiv) den Umstand bedauernd, dass die finanzielle Belastung infolge dieser Operationen nicht zu gleichen Teilen auf die Mitgliedstaaten der EU und der NATO aufgeteilt wird, weil die stillschweigende Regel gilt, dass „die Kosten getragen werden, wo sie anfallen“, also von den Staaten zu tragen sind, die Truppen und Ausrüstungen stellen;
- (xv) in Anbetracht des Mangels an strategischen Transportfähigkeiten bei den Streitkräften der EUMitgliedstaaten;
- (xvi) in Anbetracht der unzureichenden Interoperabilität zwischen den europäischen Heeresverbänden, aber auch zwischen ihnen und denen der Vereinigten Staaten,

EMPFIEHLT DEM RAT, DIE WEU-MITGLIEDSTAATEN ALS MITGLIEDER DER EU UND DER NATO AUFZUFORDERN,

3. die Projektionsfähigkeit der europäischen Landstreitkräfte durch Beschaffung der notwendigen Plattformen und insbesondere durch Teilnahme an europäischen Entwicklungskooperationsprogrammen so zu verbessern, dass sie wirklich autonom werden;
4. für die europäischen Streitkräfte die Finanzmittel bereitzustellen, mit denen geeignete Ausrüstungen für Auslandseinsätze beschafft und instandgehalten werden können;
5. den gemeinsamen Finanzierungsmechanismus ATHENA der EU zu entwickeln, um die Kosten der Einsätze gleichmäßiger auf die Mitgliedstaaten zu verteilen;
6. sich auf der Grundlage von NATO-Verfahren um eine Verbesserung der Interoperabilität ihrer Streitkräfte auf allen Gebieten zu bemühen;
7. die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Moral des Militärpersonals hochzuhalten und seine Bereitschaft zur Teilnahme an Auslandseinsätzen aufrechtzuerhalten;
8. weiterhin Fragen im Auge zu behalten, die für die Moral von an Auslandseinsätzen beteiligtem Militärpersonal (Rekrutierung und Halten von Soldaten, Vergütungen für Verlegungen usw.) und die Finanzierung der Operationen von Bedeutung sind;
9. die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Unterstützung der Öffentlichkeit in den EU-Ländern und den europäischen NATO-Staaten zu behalten, insbesondere in den Truppen stellenden Staaten und den Ländern, in denen eine Intervention stattfindet.

**Empfehlung 793 (2006)<sup>6</sup>****betr. Operationen der Europäischen Union in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) – Antwort auf den Jahresbericht des Rates**

Die Versammlung,

(*xvii*) mit uneingeschränkter Unterstützung für die Fortsetzung des politischen Übergangsprozesses in der Demokratischen Republik Kongo (DRC);

(*xviii*) mit uneingeschränkter Unterstützung für die Fortsetzung des politischen Übergangsprozesses in der Demokratischen Republik Kongo;

(*xix*) unter Betonung der entscheidenden Bedeutung des Prozesses der Präsidentschafts-, Parlaments-, Provinz- und Kommunalwahlen für die Einsetzung einer rechtmäßigen, demokratischen kongolesischen Regierung, die den Willen des gesamten Volkes vertritt;

(*xx*) mit Genugtuung über die erfolgreiche Durchführung der Wahlen und der friedlichen Einsetzung von Joseph Kabila als gewähltem Präsidenten am 6. Dezember 2006;

(*xxi*) in der Erwägung, dass der Wahlprozess nur einen Schritt beim Wiederaufbau der Demokratischen Republik Kongo darstellt;

(*xxii*) unter Betonung der Tatsache, dass im Lichte anderer Erfahrungen mit dem nationalen Wiederaufbau in Südosteuropa und anderswo der Schwerpunkt auf dem Wiederaufbau wirtschaftlicher und sozialer Strukturen liegen muss;

(*xxiii*) angesichts der Tatsache, dass dies in Anbetracht des derzeitigen Zustands der wirtschaftlichen Netze des Landes und der nationalen Infrastruktur nicht ohne ein effektives politisches und wirtschaftliches Engagement seitens der großen internationalen Organisationen geleistet werden kann;

(*xxiv*) betonend, dass die Hauptverantwortung für diese Hilfe bei den Vereinten Nationen und der Europäischen Union liegt, die bereits Unterstützung für den Friedens- und Wahlprozess leisten;

(*xxv*) deshalb in der Auffassung, dass die Demokratische Republik Kongo der EU als Testfall für die Umsetzung einer Politik der euroafrikanischen Partnerschaft auf der Grundlage gemeinsamer Interessen, gegenseitiger Achtung und der Berücksichtigung der spezifischen politischen und sozialen Besonderheiten der kongolesischen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit dienen sollte;

(*xxvi*) in der Auffassung, dass Sicherheit eine Voraussetzung für die Einleitung eines nachhaltigen wirtschaftlichen Wiederaufbaus darstellt, der mittelfristig zu der vollen Übernahme der Aufgaben durch die rechtmäßigen Behörden der Demokratischen Republik Kongo führen soll;

(*xxvii*) in diesem Zusammenhang betonend, wie wichtig es ist, auf den Gebieten der inneren und der äußeren Sicherheit Hilfe, Rat und Schulung anzubieten, insbesondere über die Missionen EUPOL Kinshasa (Polizei) und EUSEC DRC (Streitkräfte);

---

<sup>6</sup> Von der Versammlung verabschiedet am 20. Dezember 2006 auf der 8.Sitzung.

(xxviii) in der Erkenntnis, dass die Umsetzung der regionalen Friedensvereinbarungen von Pretoria aus dem Jahre 2002 ohne die starke Präsenz von MONUC-Truppen auf dem Gebiet der Demokratischen Republik Kongo nicht möglich gewesen wäre;

(xxix) in der Auffassung, dass diese Streitkräfte solange bleiben sollten, bis die demokratische kongolesische Regierung ihre Autorität auf das gesamte Staatsgebiet ausdehnen und damit die Sicherheit und Gerechtigkeit gewährleisten kann, nach der ihre Völker streben;

(xxx) in der Erwägung, dass nach dem Abschluss des Wahlprozesses, der Amtseinführung des neuen Präsidenten und der in einem ordentlichen parlamentarischen Prozess erfolgten Bildung einer alle Völker der DRC vertretenden Regierung die verschiedenen Kandidaten oder private Interessengruppen unterstützenden Milizen und bewaffneten Gruppierungen aufgelöst und ihre Mitglieder unter der doppelten Überwachung durch MONUC und EUSEC DRC in die Streitkräfte der DRC eingegliedert werden sollten;

(xxxi) in der Auffassung, dass die Vereinten Nationen und die Europäische Union über die Mittel verfügen, um diesen Prozess mit der ihnen zu Gebote stehenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten durchzuführen;

(xxxii) dabei in der Auffassung, dass die Europäische Union mit Zustimmung der neuen rechtmäßigen Behörden der DRC und in Koordination mit den Vereinten Nationen eine Verstärkung der Mission EUFOR RD Congo und ihre Verlängerung um mindestens ein Jahr erwägen könnte;

(xxxiii) in der Erwägung, dass die EU neben einer solchen Aktion auf dem Sicherheitsgebiet eine besondere Verantwortung für wirtschaftliche Hilfe und alles trägt, das für die Durchsetzung größerer Transparenz bei der Ausbeutung und dem Management der natürlichen Ressourcen des Landes und insbesondere seiner reichen Erzvorkommen erforderlich ist und sicherzustellen vermag, dass diese Ressourcen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau im Interesse des kongolesischen Volkes verwendet werden;

(xxxiv) betonend, dass es für europäische Firmen oder internationale Unternehmen mit Verbindungen nach Europa unannehmbar ist, in der DRC in wirtschaftliche Aktivitäten verwickelt zu werden, durch die Korruption und die Schaffung keiner staatlichen Kontrolle unterliegender bewaffneter Sicherheitsdienste begünstigt werden;

(xxxv) in der Ansicht, dass die Union bei ihren Überlegungen über eine strategische Partnerschaft mit Afrika schlüssige mittel- und langfristige Vorstellungen für den gleichzeitigen Einsatz wirtschaftlicher, rechtlicher, ziviler und militärischer Krisenmanagementinstrumente entwickeln sollte;

(xxxvi) in der Ansicht, dass im Lichte der von EUFOR RD Congo gesammelten Erfahrungen die Grundsätze, die Strukturen und die Möglichkeiten für die operative Planung, die Truppenstellung und die Finanzierung zivil-militärischer Krisenmanagementoperationen dringend überprüft werden müssen;

(xxxvii) in der Ansicht, dass der Finanzierungsmechanismus ATHENA, insbesondere bei Missionen mit Tausenden von für unbestimmte Zeit eingesetzten Soldaten nicht mehr zufriedenstellen kann;

(xxxviii) die Notwendigkeit unterstreichend, von der EU geführte militärische Krisenmanagementeinsätze durch bessere Information der lokalen und vor allem der europäischen Öffentlichkeit mehr ins Blickfeld zu rücken;

(xxxix) in diesem Zusammenhang feststellend, dass der GASP-Haushalt für 2007 um 159 Mrd. € erhöht wurde und unter Berücksichtigung dessen, das davon voraussichtlich ca. 100 Mio. € auf die zukünftige zivile Mission der ESVP im Kongo entfallen werden;

(xl) in der Ansicht, dass vor einem Beschluss zur Einleitung einer militärischen Krisenmanagementoperation im Rahmen der EU oder der NATO zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten und den nationalen Parlamenten eine engere Koordinierung erfolgen sollte, um die Ziele der Operation und die Einsatzregeln der Streitkräfte unter Berücksichtigung der verschiedenen nationalen Interessen und jeweiligen Prioritäten besser zu definieren,

EMPFIEHLT DEM RAT, DIE WEU-STAATEN ALS EU-MITGLIEDER ODER BEITRITTSKANDIDATEN AUFZURUFEN,

10. die Vorbereitung einer neuen EU-Mission zur Förderung der Stabilisierung in der Demokratischen Republik Kongo vorzuschlagen, an der möglichst die Europäische Polizeitruppe beteiligt sein sollte;

11. die EUPOL- und EUSEC-Missionen aktiv zu unterstützen, ihre Mittel zu erhöhen und ihr jeweiliges Mandat um die Ausbildung von Polizisten und Soldaten der DRC zu erweitern;

12. sich darum zu bemühen, die Streitkräfteeffizienz vor Ort zu verbessern durch eine weitestmögliche Harmonisierung der Einsatzregeln der nationalen entsandten Einheiten;

13. sicherzustellen, dass es eine verbesserte Koordinierung auf lokaler Ebene für die Anstrengungen der Europäischen Kommission und des Europäischen Rates und deren Initiativen geben wird, in dem u. a. Rückgriff genommen wird auf die Mittel und Fähigkeiten der Kommission, zur Verwirklichung von Zielen, die aus der Natur der Sache in die Zuständigkeit des Rates der Europäischen Union fallen;

14. auf nationaler, europäischer und NATO-Ebene weiterhin Anstrengungen zu unternehmen, um die Interventionsfähigkeiten europäischer Streitkräfte und die Fähigkeit, sie auf den Gebieten Verlegbarkeit, Mobilität, Logistik, Waffensysteme und Interoperabilität in einem multinationalen Rahmen weiterzuentwickeln und zu stärken;

15. die Fristen für die Erklärung der Einsatzbereitschaft der EU-Battlegroups 1500 und der NATO Response Force einzuhalten;

16. Vorschläge für die schnelle Reform der ATHENA-Finanzierungsmechanismen für militärische Krisenmanagementmissionen der Europäischen Union zu erarbeiten;

17. wo immer dies möglich ist sicherzustellen, dass die nationalen Parlamente künftig vor der Entscheidung, eine militärische Krisenmanagementmission einzuleiten, konsultiert werden, und die Versammlung im Hinblick auf den aktuellen Stand der Missionen der nationalen Streitkräfte der WEU-Mitgliedstaaten, die bei von der EU oder der NATO geführten militärischen Krisenmanagementoperationen eingesetzt werden, auf dem Laufenden zu halten.

**Empfehlung 794 (2006)<sup>7</sup>****betr.: die ukrainische Luft- und Raumfahrtindustrie – Kooperation mit Europa**

Die Versammlung,

(xli) daran erinnernd, dass für die europäische Weltraumpolitik neue Leitlinien festgelegt worden sind;

(xlii) feststellend, dass Zusammenarbeit eine der vier Zielsetzungen des 7. Rahmenprogramms für technologische Forschung und Entwicklung darstellt;

(xliii) unterstreichend, dass diese Kooperation entscheidende Forschungsbereiche wie Transport, Sicherheit und Weltraum betrifft;

(xliv) feststellend, dass eine engere Kooperation zwischen der europäischen Industrie und der Ukraine beiden Seiten auf dem immer stärker wettbewerbsgeprägten Luft- und Raumfahrtsektor beträchtliche Vorteile bieten könnte;

(xlv) unterstreichend, dass die Ukraine einer der Staaten der internationalen Weltraumgemeinschaft ist, der auf dem Weltraumsektor ein umfassendes technologisches Know-how besitzt, da sie einen beträchtlichen Teil der wissenschaftlichen und technologischen Fähigkeiten der ehemaligen UdSSR auf dem Luft- und Raumfahrtsektor geerbt hat;

(xlvi) feststellend, dass die EU und die Ukraine bereits an einer Reihe von Ad hoc-Kooperationsprojekten beteiligt sind, bei dem Niveau dieser Zusammenarbeit aber eindeutig noch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen;

(xlvii) in der Erwägung, dass die Kooperation zwischen ihnen in allererster Linie in ihrem politischen Interesse liegt, da die Ukraine nach dem EU-Beitritt Rumäniens im Jahre 2007 an der Ostgrenze der EU liegen wird;

(xlviii) feststellend, dass die Ukraine angesichts ihrer Größe und Bevölkerungszahl zu den wirtschaftlich führenden Akteuren gehört;

(xlix) darüber hinaus hervorhebend, dass eine umfassende Kooperation zwischen der Ukraine und der EU einerseits und der Ukraine und Russland andererseits sich nicht gegenseitig ausschließen sollten;

(l) daran erinnernd, dass eine umfassende Kooperation mit der EU der Ukraine den größeren Zugang zu europäischen Märkten und europäischem Kapital ermöglichen würde, den das Land braucht;

(li) feststellend, dass ein gewisses Zögern auf Seiten der EU besteht, der Ukraine eine Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen

(lii) jedoch mit Befriedigung über den Beschluss der Ukraine, den eingeschlagenen Kurs der europäischen und euroatlantischen Integration fortzusetzen und über ihr Bestreben, zur Umsetzung der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch die Nutzung ihres großen Potenzials beizutragen;

---

<sup>7</sup> Von der Versammlung verabschiedet am 20. Dezember 2006 auf der 8. Sitzung

- (liii) außerdem in der Erwägung, dass der Beitritt der Ukraine zur Welthandelsorganisation (WTO) für ihre Beziehungen zur EU entscheidende Bedeutung haben wird;
- (liv) in der Auffassung, dass dies langfristig auch zu einem Freihandelsabkommen führen könnte und dass ein integrierter wirtschaftlicher Markt die industrielle Zusammenarbeit auf dem Luft- und Raumfahrtsektor zweifellos erleichtern würde;
- (lv) mit Genugtuung über die verschiedenen Kooperationsvorhaben, die die ukrainische Regierung mit der EU und sowie mit europäischen Luft- und Raumfahrtunternehmen eingeleitet hat,

EMPFIEHLT DEM RAT,

18. die WEU-Staaten als Mitglieder der EU und der Europäischen Weltraumagentur (ESA) aufzurufen, eine eingehende Studie der Luft- und Raumfahrtkooperation mit der Ukraine durchführen zu lassen, um eine solche Zusammenarbeit aufzubauen, zu fördern oder zu festigen und dabei zu berücksichtigen, dass es nützlich wäre:

- (a) eine Verbindung zwischen der ESA und der Nationalen Weltraumagentur der Ukraine (NSAU) ins Auge zu fassen;
- (b) eine solche Zusammenarbeit im Rahmen eines europäischen weltraumgestützten Erdbeobachtungssystems zu erwägen;
- (c) sich aktiver für eine europäische Präferenz der ukrainischen Regierung und der Fluggesellschaften des Landes einzusetzen;
- (d) im Hinblick darauf eine Kooperationsvereinbarung bei Hubschraubern und Patrouillenflugzeugen anzustreben.

### **Empfehlung 792 (2006)<sup>8</sup>**

#### **betr. Transatlantische Zusammenarbeit in der Luftfahrt: das Kampfflugzeug F-35 Lightning II (Joint Strike Fighter)**

Die Versammlung,

- (lvi) unter Betonung der Bedeutung der transatlantischen Verteidigungszusammenarbeit im Allgemeinen und insbesondere bei Ausrüstungen als Instrument für die Entwicklung und Stärkung der nationalen Fähigkeiten der Mitgliedstaaten der EU und der NATO auf diesem Gebiet;
- (lvii) feststellend, dass die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten in einem Prozess des Umbaus ihrer militärischen Fähigkeiten stehen, um diese an die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen;
- (lviii) feststellend, dass neue Informations- und Kommunikationstechnologien bei dieser Transformation eine zentrale Rolle spielen;

---

<sup>8</sup> Vorgelegt vom Ausschuss für Technologie, Luft- und Raumfahrt und von der Versammlung am 19. Dezember 2006 auf ihrer 7. Sitzung verabschiedet.

(lix) angesichts der strategischen Stellung des militärischen Luftfahrtsektors bei technologischen Innovationen, der Modernisierung und der industriellen Umstrukturierung;

(lx) in der Erwägung, dass europäische Staaten auf diesem Gebiet auf dem gleichen Niveau wie die Vereinigten Staaten ganz an der Spitze der Entwicklung stehen, wie es die in Europa hergestellten und zurzeit stationierten drei Kampfflugzeuge zeigen: der Rafale (Frankreich), der Gripen (Schweden) und der Eurofighter Typhoon (Deutschland, Italien, Spanien und Vereinigtes Königreich);

(lxi) in der Erwägung, dass die Technologie- und Interoperabilitätslücke zwischen den am weitesten fortgeschrittenen europäischen Ländern und den Vereinigten Staaten zu einem gewissen Grade strukturbedingt ist und mit den auf der jeweiligen Seite des Atlantiks verfügbaren Finanzmitteln zusammenhängt;

(lxii) dabei hervorhebend, dass transatlantische Zusammenarbeit notwendig ist – nicht nur für die europäischen Länder, sondern auch für die Vereinigten Staaten, die auf diese Weise Zugang zu im eigenen Land noch nicht entwickelten Technologien und Ausrüstungen erhalten können;

(lxiii) in der Auffassung, dass eine solche Zusammenarbeit in der Wehrtechnik und bei militärischen Ausrüstungen noch notwendiger in Verbindung mit multinationalen Interventionen ist, die im Rahmen der NATO oder als „Koalitionen der Willigen“ unter der Führung der Vereinigten Staaten erfolgen;

(lxiv) in der Ansicht, dass das F-35 Lightning II (JSF)-Programm die gemeinsame Haltung der Vereinigten Staaten und der europäischen Länder verdeutlicht, auf einem Hochtechnologiesektor und bei einem möglichen Beispiel für eine künftige Zusammenarbeit auf der gleichen Ebene kooperieren zu wollen;

(lxv) jedoch feststellend, dass bestimmte Aspekte dieses Programms korrigiert und verbessert werden müssen, um Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vereinigten Staaten und beteiligten europäischen Ländern auszuräumen, die sich negativ auf die Haltung Europas gegenüber künftigen transatlantischen Kooperationsprogrammen auswirken könnten;

(lxvi) in der Auffassung, dass der Informationsaustausch und der Transfer sensibler Technologien zu den Aspekten gehören, bei denen für beide Seiten vorteilhafte Lösungen gefunden werden müssen;

(lxvii) feststellend, dass die US-amerikanischen Behörden zum Teil verantwortlich sind, die unzureichende Koordinierung der europäischen Länder im Hinblick auf die Vertretung ihrer nationalen oder kollektiven Interessen in dem Programm aber ebenfalls erklärt, weshalb so entscheidende Fragen wie die „operative Souveränität“ noch nicht gelöst worden sind;

(lxviii) in dem Wunsch, die von den europäischen Teilnehmern an dem F-35 Lightning II (JSF)-Programm gesammelten Erfahrungen mit anderen NATO- und EU-Verbündeten zu teilen, damit sich die vorteilhaften Aspekte dieses Programms auf europäische Kooperationsprogramme ausweiten lassen;

(lxix) in Anbetracht der Tatsache, dass die an dem F-35 Lightning II (JSF)-Programm beteiligten europäischen Regierungen sich andere Ausrüstungsoptionen – insbesondere für

europäische Kampfflugzeuge – offenhalten sollten, falls anhaltende Verzögerungen des Programms zu einer Verschiebung des Entwicklungszeitplans und der Stationierung ihrer operativen militärischen Fähigkeiten führen;

(lxx) angesichts des derzeitigen Zustands der Militärluftfahrtindustrie, die drei komplementäre, miteinander konkurrierende Flugzeuge mit doppelten Fähigkeiten herstellt, während die Beschaffung und der Verkauf von US-amerikanischen F-16-Flugzeugen und künftig F-35 Lightning II (JSF)- und F-22 Raptor-Flugzeugen weitergeht und der wichtigen Aufgabe, ein Übergreifen dieser Situation auf Kampfflugzeuge der „sechsten Generation“ (Kampfdrohnen) zu verhindern;

(lxxi) in diesem Zusammenhang feststellend, dass in den Vereinigten Staaten nur ein Programm dieser Art vorangetrieben wird und dass europäische Länder ihre Anstrengungen auf diesem Gebiet zusammenlegen und zu einer offenen Zusammenarbeit übergehen sollten, allerdings mit strengen Qualitätskriterien für technologische und finanzielle Beiträge;

(lxxii) in Anbetracht der Tatsache, dass eine weitgehende Übereinstimmung unter den Europäern auf diesem Gebiet die Position ihrer Regierungen stärken würde, sollte es zu einer Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten über eine größere Interoperabilität bei Kampfdrohnen oder gemeinsamen Programmen kommen;

(lxxiii) in der Erwägung, dass die Privatisierung der Wehrtechnikbranche eine Realität ist, durch Begrenzung kostspieliger Doppelarbeiten zu größerer Effektivität führen kann und die Umstrukturierung, Konzentration und Konsolidierung industrieller Aktivitäten, Forschung, Technologie und Entwicklung im Wehrtechniksektor zu fördern vermag;

(lxxiv) in der Auffassung, dass die Wehrtechnikbranche und die wehrtechnische Forschung und Entwicklung (RTD) angesichts der Art und der Endnutzung ihrer Produkte immer noch in den staatlichen Hoheitsbereich gehören und dass die Länder in der Lage sein müssen, je nach Notwendigkeit den Überblick und die Kontrolle über ihre Entwicklung zu behalten;

(lxxv) betonend, dass die europäischen Regierungen durch regelmäßige Vergabe von Aufträgen für Verteidigungsausrüstungen und Investitionen in militärische wie auch zivile RTD mit Auswirkungen für den Wehrtechniksektor Anstrengungen der europäischen Industrie unterstützen müssen, sich in Europa zu entwickeln und zu konsolidieren;

(lxxvi) in der Auffassung, dass die Länder Europas wie die Vereinigten Staaten ihre Wehrtechnikindustrie auf den Exportmärkten einschließlich des Markts der USA aktiver unterstützen müssen;

(lxxvii) in der Auffassung, dass der transatlantische intergouvernementale Dialog zusammen mit einer aktiven Unterstützung durch verschiedene Hilfs- und Anreizmechanismen für europäische Unternehmen, die auf den US-Markt vordringen wollen, von zentraler Bedeutung für eine neue europäische Strategie im Hinblick auf den Zugang zum Wehrtechnikmarkt der Vereinigten Staaten ist;

(lxxviii) betonend, dass die transatlantische intergouvernementale Zusammenarbeit und der Beitrag der europäischen Industrie zu den amerikanischen Verteidigungsanstrengungen Ansatzpunkte für den Aufbau einer besser ausgewogenen Beziehung in der transatlantischen

Zusammenarbeit bei Ausrüstungen und wehrtechnischer Forschung, Technologie und Entwicklung darstellen;

(*lxxix*) in der Erwägung, dass nur durch gemeinsames europäisches Handeln, das auf intergouvernementaler Ebene oder im Rahmen der NATO oder der Europäischen Union koordiniert wird, bei dem transatlantischen Austausch auf diesen Gebieten ein ausgewogeneres Gleichgewicht erreicht werden kann;

(*lxxx*) in der Erwägung, dass ein derartiges Vorgehen nur dann Erfolg haben kann, wenn die nationalen Parlamente und die Öffentlichkeit es eindeutig unterstützen und dass die nationalen Parlamente konsultiert werden müssen, bevor die Teilnahme an Kooperationsprogrammen beschlossen wird, die ein Land über eine Reihe von Jahren an ein bestimmtes Land oder mehrere andere Länder bindet, ohne dass im Hinblick auf die Kosten oder das Ergebnis einer solchen Zusammenarbeit eine Garantie gegeben würde;

EMPFIEHLT DEM RAT, DIE AN DEM F-35 LIGHTNING II (JSF)-PROGRAMM BETEILIGTEN NATIONEN ZU BITTEN,

1. ihre Position in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten zu konsolidieren, um besseren Zugang zu Informationen zu erlangen und einen Transfer der sensiblen Technologien zu erreichen, die sie für nationale „operative Souveränität“ im Hinblick auf den F-35 Lightning II (JSF) benötigen;
2. nach dem Vorbild Italiens und der Niederlande einen Pool für die Montage, die Wartung und den Betrieb des F-35 Lightning II (JSF)-Flugzeugs zu erwägen, das von jetzt an bis 2020-2030 von mehreren europäischen Luftstreitkräften in Dienst gestellt werden wird;
3. ihr Engagement für den Eurofighter Typhoon aufrechtzuerhalten und im Falle der an diesem Programm beteiligten Länder dieses Flugzeug als Ersatz für den F-35 Lightning II (JSF) zu fördern, sollte letzteres Projekt vom US-Verteidigungsministerium aufgegeben werden sowie bei Bedarf, um den Anforderungen für Flugzeugträger Rechnung zu tragen, die Möglichkeit zu prüfen, den Flugzeugtyp Rafale Marine zu leasen oder zu kaufen oder Studien für eine Marineversion des Eurofighter Typhoon wiederaufzunehmen;
4. die europäische und transatlantische Zusammenarbeit bei Kampfdrohnen auf der Grundlage in Europa und den Vereinigten Staaten bereits laufender Projekte zu fördern, um Doppelarbeit und Verschwendung begrenzter Ressourcen zu vermeiden und die innereuropäische und transatlantische Interoperabilität voranzubringen;
5. den an dem F-35 Lightning II (JSF)-Programm beteiligten europäischen Unternehmen politische Unterstützung zu gewähren und zur Förderung ihrer Bemühungen beizutragen, auf weitgehend gleichberechtigter Grundlage Zugang zum amerikanischen Wehrtechnikmarkt zu erhalten;
6. die übrigen WEU-Staaten regelmäßig über Entwicklungen bei dem F-35 Lightning II (JSF)-Programm zu informieren und die Versammlung über

Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten, die im Bereich der Rüstungskooperation in die Zuständigkeit der WEU fallen.

7. ganz gleich, wie sich die Zukunft des JSF- Programms erweisen wird, die Zusammenarbeit in der europäischen Raumfahrtindustrie bei der gemeinsamen Entwicklung eines zukünftigen Kampfflugzeug- oder Kampfdrohnenprojektes zu unterstützen.

### **Empfehlung 790 (2006)\***

#### **betr. die Sicherheit und Stabilität in Zentralasien**

Die Versammlung,

(i) im Hinblick darauf, dass Zentralasien aus sieben Staaten besteht, fünf ehemaligen Sowjetrepubliken – Kasachstan, Usbekistan, Kirgisistan, Tadschikistan und Turkmenistan – und zwei Nachbarländern – Afghanistan und Pakistan. Es liegt am Rande Europas und Asiens, hat eine Fläche von 5 445 000 km<sup>2</sup> und 240 Millionen Einwohner, in ihrer Mehrheit sunnitische Muslime. Die Sicherheit und die Stabilität dieser Länder sind von entscheidender Bedeutung;

(ii) im Hinblick darauf, dass im Mittelpunkt der Probleme dieses Gebiets weiterhin der Afghanistan-Konflikt steht, der 2001 nicht endgültig gelöst wurde und dass die internationale Koalition eine starke Militärpräsenz von 30 000 von der NATO befehligten Soldaten und 32 000 ISAF-Soldaten unterhält, die mit dem Wiederaufbau des Landes und der Erhaltung des Friedens, aber auch dem Kampf gegen die aufständischen Taliban beauftragt sind;

(iii) in der Einschätzung, dass – in Übereinstimmung mit VN-Generalsekretär Kofi Annan in seinem Bericht vom 21. September 2006 - „die Koalition in Afghanistan nicht vorankommt, die Lage sich verschlechtert und Chaos und Zweifel um sich greifen“; dass Pakistan sich an der Destabilisierung beteiligt; dass an den Grenzen große Unsicherheit herrscht (Belutschistan und Nord- sowie Süd-Wasiristan sind in den Händen talibanfreundlicher Organisationen); dass die Lage im Inland sehr verworren ist und dass, selbst wenn Präsident Musharraf einen „aufgeklärten Islam“ will und ein Partner der Anti-Terror-Koalition ist, doch vermutet wird, dass bestimmte Kräfte und Institutionen mit den Taliban gemeinsame Sache machen;

(iv) mit dem Hinweis, dass die NATO angesichts dieser Realität eine Verstärkung ihrer Truppen um 2 000 bis 2 500 Mann verlangt, um den Süden des Landes zu sichern und um der Gefahr, die die Taliban 2006 erneut in Afghanistan darstellen, dem Wiederaufflammen des gewaltsamen Aufstands, dem Gewinnen an Boden durch die Taliban und ihrer Kontrolle von vier Provinzen des Südens (von den fünfzehn des Landes) und um der Gefahr, dass sie bis Ende 2006 in den Südwestenvordringen, zu begegnen;

(v) angesichts der Schwäche des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai, der relativen Ineffektivität der Nationalen Afghanischen Armee (ANA), der es an Mitteln

---

\* vorgelegt vom Politischen Ausschuss und von der Versammlung am 19. Dezember 2006 auf ihrer 7. Sitzung verabschiedet.

und Soldaten fehlt, um eine wesentliche Rolle zu spielen; der Korruption auf allen Ebenen des Staates und der regionalen und lokalen Behörden (Gouverneure, Kommandanten, Stammes- und Sippenoberhäupter), deren Verbleib in ihren Positionen nicht vertrauensfördernd wirkt;

(vi) im Hinblick darauf, dass es im Umfeld von Großprojekten (wie der Wasserverteilung) oder Mikroprojekten, die für die Verbesserung des Alltagslebens der Bevölkerung erforderlich sind, wegen ausbleibender Reformen nicht zu einer Umstrukturierung der Wirtschaft gekommen ist, der Wiederaufbau des Staates nicht angepackt wurde (Entwicklungsprogramm über 5 Jahre und 10,5 Mrd. Dollar Hilfsgelder), der Bevölkerung weder zu Sicherheit noch zu Gerechtigkeit verholfen worden ist, es der nationalen Polizei (ANP) an der für effiziente Arbeit nötigen Professionalität fehlt und die junge Generation an den Versprechungen der Regierung und der internationalen Gemeinschaft (Konferenzen von Bonn 2001 und London 2006) zweifelt;

(vii) in dem Bewusstsein, dass Arbeitslosigkeit, Armut, Analphabetismus und Unsicherheit die im Grund talibanfeindlichen Afghanen dazu veranlassen, deren Argumenten Gehör zu schenken und dass die Taliban Landstriche besetzen, dort an der Basis Hilfe und Rechtsprechung anbieten und alle schlafenden Netzwerke in den Dörfern reaktivieren;

(viii) daran erinnernd, dass Effektivität und Vertrauen auf vier Pfeilern beruhen: Sicherheit, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, Gerechtigkeit und Korruptionsbekämpfung, sozioökonomische Entwicklung;

(ix) in dem Bewusstsein, dass al-Qaida und alle anderen terroristischen Netzwerke ihren Tätigkeitsbereich ausweiten; dass mit der Unterstützung des Irans, Syriens oder Saudi-Arabiens neue Verbindungen mit Palästina, dem Irak und Afghanistan hergestellt werden und dass mit dem irakischen und palästinensischen Widerstand eine neue Generation von Dschihadisten entstanden ist, die sich dessen Erfahrungen und Methoden (Selbstmordattentate) zunutze macht;

(x) unterstreichend, dass das Problem nicht allein durch eine militärische Konfrontation, Interventionsstreitkräfte oder die Wiederbewaffnung der Volksmilizen beigelegt werden kann, sondern einer politischen Lösung unter der Ägide der internationalen Gemeinschaft bedarf, wie zum Beispiel entsprechend der Anregung des Präsidenten des afghanischen Senats der „Shanghai-Kooperationsorganisation“ sowie aller Staaten Zentralasiens, wie die politisch Verantwortlichen dieser Länder einräumen;

(xi) feststellend, dass die Korruption die Staaten der Region zerfrisst, Drogengelder den „*nervus rerum*“ für die Taliban darstellen und Drogengelder und Schmuggelgeschäfte innerhalb der Staaten zum Schaden der Bevölkerung die Existenzgrundlage der etablierten Regime, Clans und Stämme bedeuten;

(xii) daran erinnernd, dass die Drogenproduktion 2006 um 59% zugenommen hat, obwohl 700 Millionen Dollar in Ersatzkulturen investiert wurden; dass die Mohnanbaufläche in Afghanistan 2005 bei 100 000 Hektar lag, 2006 dagegen 165 000 Hektar betrug bei einer Opiumernte von 6 100 Tonnen (gegenüber 4 100 Tonnen 2005), was einer Heroinproduktion von 400 Tonnen entspricht (die beschlagnahmten Drogenmengen betragen nur 1 221 kg, darunter 467 kg Heroin, 107 kg Opium und 445 kg Pflanzendrogen); Heroin wird in 400 behelfsmäßigen Labors aus frei gehandelten „Vorläufersubstanzen“ (10 000 Tonnen im Jahre 2005) hergestellt; der

Kampf gegen das Einschmuggeln der „Vorläufer“ an den Grenzen zählt neben der Zerstörung der Labors und der Mohnfelder zu den dringlichsten Maßnahmen;

(xiii) mit Bedauern darüber, dass erfolglos versucht wird, die Ausfuhr von Drogen und Heroin zu verhindern und dass zugleich eine Ausweitung der Mohnanbauflächen zugelassen wird;

(xiv) angesichts der Tatsache, dass die Produkte über Netzwerke und Schmuggelwege überall in der Welt und vor allem in Europa vertrieben werden und dass die internationale Gemeinschaft sich dieses alarmierenden weltweiten Problems schnellstens annehmen muss;

(xv) feststellend, dass die Netzwerke in allen Staaten der Region, auch in den fünf ehemaligen Sowjetrepubliken, selbst auf Regierungsebene an diesen Schmuggelgeschäften beteiligt sind und sich die Erlöse teilen;

(xvi) daran erinnernd, dass diese autoritären, vom Personenkult geprägten Regime – vor allem in Turkmenistan und Usbekistan – weder die Rechtsstaatlichkeit noch die Menschenrechte achten und dass nur Kirgisistan einen unsicheren demokratischen Weg eingeschlagen hat; dass die Übergänge in diesen momentan stabilen Staaten ungewiss sind und dass die geknebelten Oppositionskräfte versucht sind, sich den islamistischen Bewegungen anzuschließen, um sich Gehör zu verschaffen;

(xvii) in dem Bewusstsein, dass kein Staat Zentralasiens an eine wirtschaftliche oder gar politische regionale „Integration“ denkt; diese Staaten sind Rivalen und betreiben ihre jeweilige Politik in vielen Richtungen, wobei Russland, „der Verbündete“, und China, „der Partner“, dort die einflussreichen Länder sind;

(xviii) feststellend, dass der radikale Islamismus dort aufgrund des Prinzips der Laizität des Staates und durch Gewaltanwendung (Andijan in Usbekistan 2005) über weite Strecken gebändigt ist;

(xix) angesichts der Tatsache, dass diese Staaten über außergewöhnlich große Energieressourcen in Form von Kohlenwasserstoffen verfügen, darunter die reichsten in Usbekistan; vor allem aber Kasachstan mit 20 Milliarden Barrel Ölreserven und Turkmenistan, weltweit die Nummer 10, mit 3,5 Billionen Kubikmetern Gas. Es handelt sich um bedeutende Lagerstätten. Mit Gazprom beherrscht Russland den zentralasiatischen Markt;

(xx) feststellend, dass es den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres – Russland, Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Iran – nicht gelungen ist, ein Abkommen zu schließen und den Status dieses Meeres festzulegen;

(xxi) mit dem Hinweis darauf, dass Russland das in Zentralasien (für 50 Dollar und seit kurzem für 100 Dollar je 1 000 Kubikmeter) eingekaufte Gas (für 240 Dollar je 1 000 m<sup>3</sup>) an Europa verkauft, den G8-Vorsitz innehat und die „Energiesicherheit“ zum Thema seiner Präsidentschaft gemacht hat, den Vertrag über die Energiecharta von 1994 jedoch nicht ratifiziert hat und dass die unsichere Energieversorgung für Europa, das schon 2007 einen Aktionsplan beschließen muss, eine wirkliche Bedrohung bedeutet;

(xxii) feststellend, dass die Staaten Zentralasiens im nuklearen Bereich sich für die Kernwaffenfreiheit ihres Staatsgebiets und der gesamten Region ausgesprochen haben;

(xxiii) daran erinnernd, dass das „Spiel der Großmächte“ vor allem die Interessen Russlands, Chinas und der Vereinigten Staaten, die militärisch und wirtschaftlich

präsent sind, sowie die des Irans und Indiens stärkt, die – allerdings fernere – „interessierte Nachbarn“ sind;

(xxiv) feststellend, dass Europa bei diesem „Großen Spiel“ des 21. Jahrhunderts politisch völlig abseits steht und zwar Menschenrechtsverletzungen anprangert und die Staaten sanktioniert, diese Eurasien bildenden verwestlichten Staaten aber weder zu beeinflussen noch ihre demokratische Entwicklung zu begleiten vermag;

(xxv) mit dem Hinweis, dass Europa nicht die ihm eigentlich gebührende wirtschaftliche Rolle spielt, keinerlei Strategie ausarbeitet und die Dimension der Energieperspektiven in Zentralasien nicht erfasst hat;

(xxvi) in dem Bewusstsein, dass das europäische Modell für diese Länder ein erstrebenswertes Ziel darstellt, dass sie einen „Dialog“, „Unterstützung“ und „Zusammenarbeit“ wünschen und dass Europa in Zentralasien seinen Platz findet, wenn es sich nur dafür interessiert,

#### EMPFIEHLT DEM RAT, DIE EUROPÄISCHE UNION AUFZUFORDERN,

1. ihre Annäherungspolitik gegenüber jedem der Staaten Zentralasiens dringend fortzuführen, um den bestehenden Dialog, die demokratische Unterstützung und die wirtschaftliche Zusammenarbeit bei konkreten Projekten zu vertiefen; alle Maßnahmen zu ergreifen, die diese Länder voranbringen können und zugleich der Europäischen Union die Möglichkeit zu geben, ihren Platz im Kreise der etablierten Mächte einzunehmen und sich an der Bekämpfung der Bedrohungen zu beteiligen, die die Stabilität und die Sicherheit der Region belasten;
2. die internationale Gemeinschaft mit dem weltweit relevanten Problem des Drogenproduktion in Afghanistan zu befassen und zusammen mit dem UNODC (Büro der Vereinten Nationen für Drogenkontrolle und Verbrechensbekämpfung) ein VN-Sondermandat zu formulieren, durch das die ISAF beauftragt wird, die Transporte von „Vorläufern“ zu blockieren und die Heroinlabors in Afghanistan zu zerstören;
3. Hilfestellung zu leisten bei der Einführung aller Ordnungsmaßnahmen in Bezug auf Polizei, Justiz und Sicherheit, aber auch bei der Anlage von Ersatzkulturen und der Entwicklung von Mikroprojekten zugunsten der Bevölkerung;
4. sich an dem Kampf gegen den radikalen Islamismus zu beteiligen, der tatsächlich zu einem „Kampf der Kulturen“ mit dem Westen führen kann, indem durch die Einführung wesentlicher sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungsprogramme Verbindungen hergestellt und Vernetzungen zwischen dem Nahen Osten und Zentralasien geschaffen werden und erfasst wird, in welchem Maße der israelisch-palästinensische Konflikt und die Lage im Irak, die beide nicht gelöst sind, die Empfindlichkeit einer Öffentlichkeit berühren, welche in der islamischen Welt und insbesondere in Zentralasien ihre Laizität und ihren Willen bekräftigt, die Taliban zu bekämpfen.

Gerd Höfer, MdB

Delegationsleiter